

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 8046 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 49 B

BERLIN • Sonnabend, den 27. Februar 1932

1 JAHRGANG

Brüning und die SPD.

Mit wenig Mitteln nichts erreicht.

Das war nun einer von den Höhepunkten an Leistung, die das System parlamentarischer Führung eines Volkes heute bietet: BRÜNING'S Rede, von der die „Germania“ behauptet, sie „riß den Reichstag mit zwingender Gewalt aus der unerquicklichen Atmosphäre heraus, in die er sich lärmend und agitierend hineingeredet hatte“. In welcher Atmosphäre riß sie ihn hinein?

Die Höhepunkte der Rede, an denen die Berichte die Leidenschaft hervorheben, mit der BRÜNING gesprochen habe, sind: 1. gegen die verantwortungslose Demagogie der NS; 2. gegen die Revolution vom 9. November; 3. für HINDENBURG. Das ist in der Tat BRÜNING'S ganzes positives politisches Programm: für HINDENBURG. Dieses Programm wird nur etwas ausgeführt.

Es heißt außenpolitisch: redliches Bemühen um eine „starke“ Außenpolitik. Betonung der Gleichberechtigung des deutschen Abrüstungsvorschlags mit dem Konventionsentwurf in Genf. Verschweigen des französischen Protestes gegen diesen Anspruch; Verschweigen der Tatsache daß die

Anerkennung des von BRÜNING angemeldeten Anspruchs in Genf keineswegs durchgesetzt wurde gegen den französischen Einspruch. Zu Ostasien: Deutschland nimmt rechtlich eine besondere Stellung ein, da es auf Exterritorialität verzichtet hat. Gegen Litauen: Androhung von Repressivmaßnahmen. Zur Reparationsfrage: nochmalige Unterstreichung des Interviews, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne. Kurz: eine von dem Wunsch nach Wiedergewinnung der alten nationalen Machtstellung diktierte Außenpolitik. Deswegen der empörte Protest gegen die NS, weil sie durch ihr großsprecherisches, illegales Gerede ein besonnenes Verfolgen jener nationalistischen Politik stören. In den außenpolitischen Zielen aber besteht so wenig eine Uneinigkeit zwischen BRÜNING und den NS, daß er bei aller „Abrechnung“ stark um sie warb, den Bemühungen des „Führers“ um „legale Führung seiner Partei“ alle Anerkennung zollte. „Sie (die NS) können mir wirklich nicht nachsagen, daß ich gegen Sie zu scharf gewesen wäre.“ Und was die „Abrechnung“ selber an-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

AUS DEM INHALT:

- Der Schultheiß-Skandal.
- Das Zentrum und seine Todfeinde.
- Urteil im Favag-Prozeß.
- Brünings Rede.
- Außenhandelsmonopol?
- Männer gegen Tod und Teufel.

„Himmelschreiende Sünde.“

Katholische Betrachtungen zur Bodenfrage.

Von Werner Hanscn.

Katholische Wirtschaftspolitik? BRÜNING'S Notverordnungen haben uns den Geschmack daran gründlich verdorben. Und doch bricht auch im katholischen Lager gelegentlich etwas durch von jenen wirtschaftlichen Wahrheiten, deren Verbreitung eine der Hauptaufgaben des „Funken“ ist.

Der Herausgeber der führenden katholischen Zeitschrift „Hochland“, Professor KART MURN, hat vor einigen Monaten in einem beachtenswerten Aufsatz (Erstes Heft 1931/32, Oktober 1931) die Tatsache des Bodenmonopols mit harten Worten dargestellt.

„Der heutige Großgrundbesitz besonders des deutschen Ostens ist... die eigentliche Ursache des volkswirtschaftlichen Zustandes, daß heute überall einem Unternehmer oder Meister nicht nur zwei Arbeiter, sondern eine vielfache Zahl nachlaufen. Denn gerade die Abwanderung der in den Riesengebieten des östlichen Großgrundbesitzes landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung speist unsere Großstädte und füllt immer von neuem die Cadres der Reservearmee auf, aus der sich die Millionen radikal-revolutionärer Volksschichten rekrutieren. Dieser Großgrundbesitz ist ein Ueberbleibsel aus den Zeiten der Sklaverei und der späteren Hörigkeit. Wie damals diese niederen Schichten durch das Gesetz gezwungen waren, um das Existenzminimum zu arbeiten, so ist es heute der landwirtschaftliche Arbeiter durch die wirtschaftliche Tatsache, daß er selber nicht den geringsten Boden besitzt, ja daß ihm jede Aussicht fehlt, selbst bei noch so hartem Fleiß und noch so großer Sparsamkeit je eigenen Boden erwerben zu können. Der Boden ist für ihn schlechthin gesperrt.“

Indem er in Anlehnung an FRANZ OPPENHEIMER die verheerenden Wirkungen des Bodenmonopols weiter betrachtet, kommt Professor MURN zu dem Urteil:

„Wenn sich die Dinge aber so verhalten... wie kann man sich dann noch abfinden mit Zuständen, wie sie uns täglich umgeben, und die für jeden, der mit einem wachen, an der Lehre Christi geschulten Gewissen diese Wirklichkeit schaut, nichts anderes als eine himmelschreiende Sünde sind?“

Das ist ein offenes und, für einen Zentrumsanhänger, ein starkes Wort. Herr MURN muß sich sofort dafür rechtfertigen:

„Es gibt viele, die starke Ausdrücke wie diesen heute nicht lieben. Sie sehen darin eine aufpoitschende Wirkung und möchten in einer ohnehin aufgewühlten und explosiven Zeit doch lieber besänftigen und schlichten... Mit Leisetreterei ist hier nicht weiterzukommen; man muß die Menschen hellsehtig machen, dann werden sie auch eines Tages guten Willens werden, sogar mit Opferbereitschaft.“

Aber er geht noch weiter. Er proklamiert das Recht jedes Menschen auf Zugang zum Grund und Boden.

„Der Grund und Boden ist die ursprüngliche und naturrechtlich für alle Menschen in gleicher Weise gebundene Grundlage alles Eigentums und Erwerbs...“

Und er wagt es, sich für dieses Recht einzusetzen: „Welche Gedanken wären einleuchtender als diese, und doch, wer hat es... gewagt, für sie einzutreten? Ich wage es...“

Zur Aufweisung eines positiven Weges zur Aufhebung der Bodensperre kommt Professor MURN leider nicht. Aber er gesteht offen ein, daß er den Weg „aus dem Wirrwarr“ nicht sieht.

„Ich wage es — und bin doch weit entfernt, zu sagen, ich wüßte, wie man aus dem Wirrwarr herauskommen könnte, das überall dort entstanden ist, wo man... Besitzverhältnisse in Privateigentumsverhältnisse verkehrte.“

Nun, wir empfehlen Professor MURN die wirtschaftspolitischen Aufsätze im „ISK“ und im „Funken“, die einen solchen Weg aufzeigen.

Japan gibt die Aktion nicht auf.

Neue Truppentransporte / Der Scheinpräsident / Moskau in Sorge.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß japanische Truppentransporte von 15.000 Mann bei Wusung gelangt seien, daß von 15.000 in den nächsten Tagen eintreffen werden.

Der japanische Kriegsminister ANAKI hat erklärt, daß alle Gerüchte über eine Proklamation der Schanghai Aktion aus der Luft gegriffen seien.

Die Japaner haben durch Bombenflugzeuge verhindert, daß Truppenzüge von Nanking nach Schanghai gelangen können. Ein Zug ist bereits durch 20 Bomben angegriffen worden. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß.

Am Donnerstag gelang es den Japanern, an einer Stelle zwischen Wusung und Schanghai die chinesische Stellung zu durchbrechen. Kiangwan ist von 40 japanischen Flugzeugen bombardiert worden.

Die unabhängige Mandschurei.

Am 2. März wird der Präsident der mandschurischen Republik, der ehemalige chinesische Kaiser PUJI, in der Hauptstadt der Mandchurei eintreffen und den Eid auf die Republik ablegen. Der einstimmig vom Aktionsausschuß der mandschurischen Republik ernannte Präsident ist heute 26 Jahre alt und entstammt der alten Mandschu-Dynastie. Er hat als Kaiser der Chinesen im Jahre 1912 abgedankt und lebte bis zum Jahre 1924 in Peking als Gefangener. In diesem Jahr entflohr er und siedelte mit seiner Familie nach Tientsin über. Ihm wurde damals von der chinesischen Republik sein ganzes Vermögen beschlagnahmt; er hat seitdem eine monatliche Rente in Japan bezogen. Die Ernennung dieses Schattenpräsidenten zeigt eindeutig, wer der eigentliche Regent in der Mandchurei ist.

Das chinesische Außenministerium hat bei dem japanischen Gesandten gegen die Unabhängigkeitserklärung der Mandchurei protestiert. China macht Japan für alle Folgen der Unabhängigkeitserklärung verantwortlich. Die japanische Regierung hat eine Note übermitteln lassen, worin erklärt wird, daß die mandschurische Republik keineswegs mit Hilfe Japans errichtet worden sei, sondern als das Werk der mandschurischen Bevölkerung angesehen werden müsse.

Die Moskauer Regierung hat in Tokio mitteilen lassen, daß sie einer längeren Besetzung der Ostbahn durch japanische Truppen mit großer Sorge entgegenstehe und daß die gegenwärtige Situation leicht zu einer weiteren Zuspitzung führen könne. Darauf erfolgte die nun bereits übliche Antwort von Tokio, daß die chinesische Ostbahn nur provisorisch besetzt sei und daß die Truppen nach Wiederherstellung der Ordnung zurückgezogen würden. Im übrigen werde die japanische Regierung der chinesischen Ostbahn bereits in wenigen Tagen mehrere Millionen Yen überweisen als Vergütung für den Transport japanischer Truppen.

General BLÜCHER, der Chef der Roten Armee im Fernen Osten, ist in Wladiwostok eingetroffen.

Offensive von selten Chinas.

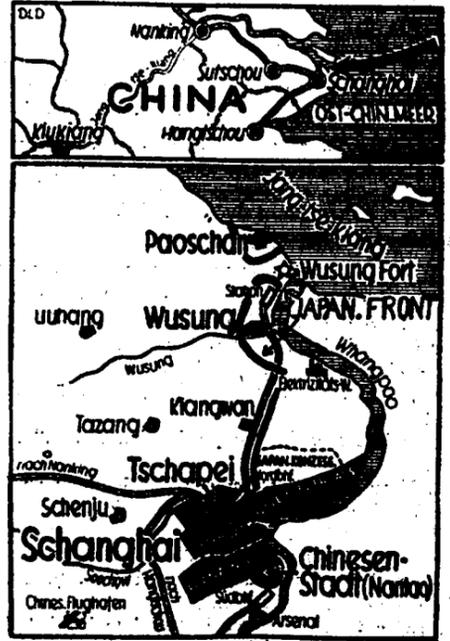
Am Mittwoch nachmittag und Donnerstag vormittag ist es den Chinesen gelungen, das von den Japanern eroberte Terrain wieder zurückzugewinnen; hingegen haben die Japaner einen Teil von Kingwan besetzen können. Die Kämpfe um diesen Ort halten, mit wachsender Schärfe an, bis in den Freitag morgen hinein.

Wieder sind Bomben in die internationale Zone gefallen. Während das englische Konsulat seine Gebäude noch nicht

geräumt hat, ist die Räumung des deutschen Konsulats, das in der Nähe des japanischen Konsulats liegt, vollzogen.

Der chinesische Oberbefehlshaber hat am Donnerstag erklärt, daß er vor Eintreffen der japanischen Verstärkungen einen Generalangriff auf die japanischen Linien unternehmen werde.

In Süd- und Mittelchina wächst die japanfeindliche Bewegung. Es wird allgemein, auch durch öffentliche Anschläge, zum Boykott japanischer Waren aufgefordert.



Die Japaner haben erklärt, daß sie alle in chinesischen Diensten kämpfenden Ausländer, die in chinesischer Uniform angetroffen würden, erschossen werden.

Der Vollzugsausschuß der Mandchurei hat dem neuen Staat den Namen „Manschowkuo“ gegeben und Tschangschun zur Hauptstadt erklärt. Das chinesische Kabinett hat beschlossen, ohne Rücksicht auf eine etwaige Verteidigung der mandschurischen Republik durch Japan eine Strafexpedition gegen die mandschurische Republik zu unternehmen. Die Kanton-Regierung hat die Zentral-Regierung ersucht, die Leitung dieses Kampfes den Generälen FENG und Tschang SUE LIANG anzuvertrauen. Aus Rußland wird gemeldet, daß frühere Offiziere der russischen kaiserlichen Armee in Charbin eine Division aufgestellt hätten, die mit Hilfe Japans den Kampf gegen bolschewistische Bewegungen in der Mandchurei führen sollen.

Im englischen Unterhaus hat der Handelsminister RUNCIMAN auf Anfragen hin mitgeteilt, daß sich der Wert der nach Japan ausgeführten Waffen- und Munitionslieferungen auf rund 30.000 Pfund, das sind rund 450.000 M. belaufe; für Januar 1932 gibt er rund 12.000 Pfund, gleich 360.000 M an. Wie zurückhaltend und bescheiden ist der englische Kapitalismus, wenn man den Worten RUNCIMANS Glauben schenkt.

Obwohl er also einen Weg zur Beseitigung des Bodenmonopols nicht sieht, erkennt Professor MUTH doch klar, daß von den heutigen Machthabern nicht auf irgend welche Hilfe zu rechnen ist.

„Zu erwarten, daß eine solche grundstürzende Aenderung, wie sie eine radikale Bodenrechtsreform notwendig macht, von den Trägern und Machtinstanzen der derzeitigen kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gutwillig und aus tieferer Einsicht in soziale Notwendigkeiten vorgenommen oder auch nur begünstigt und mitgemacht würde, ist völlig utopisch. Hoffnungen darauf können sich nur in Zeiten großer Erschütterungen hervorwagen. Erst wo eine gesamte Gesellschaftsordnung mit all ihren ökonomischen Interessen in Frage gestellt ist, wird man auch diese Umbildung des Bodenrechts ernstlich ins Auge zu fassen und die große Masse des Volkes dafür zu gewinnen den Mut finden. Es sind die Hochzeiten der Bodenreformbewegung, in der wir mitten inne stehen. . . die wahrgenommen werden müssen, soll der alte Schlandrian nicht durch die Interessentengruppen noch einmal für lange Generationsreihen konserviert werden.“

Dies ist ein Mahnruf an BRÜNING, den er vielleicht unvoreingenommener liest als sozialistische Forderungen:

„Hier muß man aus echtem Konservatismus für das gute Alte gegen verderbliche Konservierung moderner Mißstände mit all der Entscheidung, die eine bestimmte Zeitsituation ermöglicht, einschreiten, ohne über juristische Zwirnsfäden zu stolpern. Die faktischen Ungerechtigkeiten sind so himmelschreiend groß, daß es auf einige formale (?) (Die Beseitigung der Vorrechte der Grundherren ist nicht einmal formal ein Unrecht! K. H.) wahrlich nicht mehr ankommt, wenn es sich darum handelt, die Welt wieder einzurücken und die tiefste Ursache ihrer sozialen Zerrüttung zu beseitigen.“

Wir Sozialisten erkennen aus dieser Betrachtung, daß auch in den Reihen des Zentrums Menschen stehen, die den Schaden jener von BRÜNING durchgeführten Wirtschaftspolitik erkannt haben, jener Wirtschaftspolitik, die faktisch nur den Interessen der Großgrundbesitzer und der Großindustrie dient. Aber Menschen wie MUTH zum Beispiel sind zu schwach, sich und ihren Gedanken in der heutigen Regierung Geltung zu verschaffen. Ihr Einfluß wird jedoch wachsen, wenn die Arbeiterschaft alle Hebel in Bewegung setzt, um die Regierung zum Aufgeben der falschen Politik zu zwingen.

Ja, vielleicht ist sogar BRÜNING persönlich den Gedankengängen MUTHs gegenüber durchaus nicht ablehnend! Aber auch er ist selbstverständlich nicht frei in seinen Entschlüssen. Großagrarien und Schwerindustrielle üben sicher einen ungeheuren Druck auf ihn aus, so daß er, wenn er heute Kanzler bleiben will, nachgeben und seine Notverordnungs-Wirtschaftspolitik weitertreiben muß. Es liegt an der Arbeiterschaft, mit Hilfe ihrer Organisationen nun ihrerseits einen solchen Druck auf BRÜNING auszuüben.

Freilich: BRÜNING wird nicht den Sozialismus durchsetzen, aber vielleicht kann man ihn — mit Unterstützung durch Argumente seiner Freunde — nötigen der Arbeiterschaft gewisse Forderungen zu verschaffen. Solange sie nicht selber die Möglichkeit hat, die politische Macht des Staates auszuüben (die sie nur gegen BRÜNING bekommen kann!), solange sollte sie solche kleineren Schritte (die immerhin Fortschritte sind!) nicht zu tun verschmähen.

Erneute schwere Zusammenstöße in Spanien.

p Madrid, 25. Februar.

In einem Fischerdorf bei Bilbao kam es am Donnerstag zu schweren Zusammenstößen zwischen Republikanern und Nationalsozialisten, wobei versucht wurde, die Telefonzentrale niederzubrennen und den Autoverkehr lahmzulegen. Dabei gab es acht Verletzte. — In einem Dorf bei Toledo kam es nach einer sozialistischen Versammlung unter den Versammlungsteilnehmern zu einer Schießerei, wobei ein Polizist getötet und ein Bauer schwer verwundet wurden.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(48. Fortsetzung.)

Da anzunehmen ist, daß unsere Gegner zur Versenkung unsres Volkskörpers sich auch des Bazillenkrieges bedienen werden, sind die gleichen Kampfmittel selbstredend auch auf unsrer Seite vorbereitet. Unsre industriellen Anlagen, Hauptstädte, Eisenbahnen, Flughäfen, die Zentren wirtschaftlichen Lebens bilden die natürlichen Angriffsziele der gegnerischen Luftflotten. Die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen die zugemuteten harten Opfer abzuschätzen, ist Sache des Staatmannes, nicht des Generalstabschefs. Ich habe nur die Maschine des Krieges zu bedienen. Was zur Abwehr und Milderung feindlicher Luftangriffe beitragen kann, ist gründlich vorbereitet. Trotzdem sei nicht verschwiegen, daß das Zerstörungswerk feindlicher Geschwader nur sehr begrenzt aufzuhalten ist. — Der General bleibt jetzt stehen, läßt zum erstenmal seine ruhigen, kühlen Augen über die Gesichter streifen, die ihm ernst und sorgenvoll zugewandt sind. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder Sie rennen die gefährliche politische Lage ohne Verzug wieder ein, vielleicht nehmen Sie auch ein kleines Opfer eher in Kauf als die Unsicherheit und Schrecken eines Waffenganges — oder Sie halten an Ihrem politischen Ziel fest, sei es auch um den Preis geopelter Menschenmilionen und Goldmilionen: dann befiehlt Sie mir, den Schutz des Landes sicherzustellen. Man hat bereits Vorwürfe gegen mich erhoben, daß ich Politik treibe. Bitte, meine Herren: man bereitet den schlimmsten Fall vor oder man trägt Sorge, daß dieser schlimmste Fall nie eintritt! Eins oder das andere. Sonst fühle ich mich ohne Verantwortung.“

Tiefe Stille. Die Minister starren auf den Tisch oder in die Luft. Die klaren Worte des Generals verlangen klaren Entschluß. Die Verantwortung kann nicht länger hinausgeschoben werden.

Brüning und die SPD.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

geht, so stellt das „Berliner Tageblatt“ treffend fest: „Er rechnete ab, aber er rechnete nicht zu Ende; er klagte an, aber er sprach kein Urteil. Er schlug zu, aber er unterließ den Todesstoß.“ Wie sollte er zuschlagen, da er selber Nationalist ist.

Die SP, die in den wesentlichen Punkten BRÜNINGs Politik des besonnenen Nationalismus unterstützt, bekam kein Wort der Anerkennung; mit keinem Wort wurde um sie geworben. Dagegen mußte sie hören, daß BRÜNING 1918 aktiv an der Niederwerfung der „Revolution“ mitgearbeitet hat. „Vielleicht“ das einzige Positive an der Rede — so meint der „Vorwärts“ — war die Ankündigung, „daß der Reichswehrrat... geändert werden solle, wenn sich die Voraussetzungen, unter denen er zustande kam, ändern sollten.“ Wir überlassen den Lesern, zu beurteilen, wieweit BRÜNING eine Aenderung des Reichswehrrates angekündigt hat. (Die Rede ist an anderer Stelle dieser Nummer wiedergegeben.)

„Das Interessanteste an der gegenwärtigen Situation ist“, so meint der „Vorwärts“, „daß trotzdem so etwas wie eine politische Notgemeinschaft zwischen ihnen (BRÜNING und HINDENBURG) und der Sozialdemokratie entstehen konnte“. Es handelt sich hier um weit mehr als um „das Interessanteste“, es handelt sich um das für die Arbeiterschaft Traurigste, was in erster Linie die Schuld trägt an ihrer politischen Ohnmacht: die schreckliche Ideenlosigkeit ihrer größten Partei, eine Ideenlosigkeit, die das ideenlose HINDENBURG-Programm BRÜNINGs übertrifft durch den Umstand einer völligen Kapitulation. BRÜNING kapituliert nicht, er ist Nationalist von Haus aus und aus Weltanschauung. Anders die SP. Aber sie hat dem BRÜNING-Nationalismus heute so wenig entgegenzusetzen, daß der Aufmarsch zum 13. März, wie der „Vorwärts“ im Anschluß an BRÜNINGs Rede feststellt, sich für die SP „mit solcher inneren Gesetzmäßigkeit“ vollzieht, „daß... Roden... nichts daran zu ändern vermögen“. „Könnten wir dem vielfach zerspaltenen Bürgertum einen geschlossenen proletarischen Block entgegenstellen, so würden sich die Machtverhältnisse sehr bald zu dessen Gunsten wenden.“ Ja, und wir könnten diesen Block bilden am 13. März, wenn die SP ernsthaft wollte.

Wir übergehen die Berichte über die Tumultszene, die auch in dieser Reichstagsitzung stattfanden, und über die übrigen Reden.

Brüning's Rede.

Wenn man Kritik gelbt hat an meinem Auftreten in Genf, so muß ich zunächst von vornherein ein ganz klares Wort aussprechen. Ich werde mich nie dazu verleiten lassen, eine Prestigepolitik zu machen mit Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse im Innern, wodurch die Lebensinteressen des deutschen Volkes gefährdet werden können.

In der entscheidenden Stunde unserer Außenpolitik mußte man auf innerpolitische Auseinandersetzungen verzichten.

Die Vorgänge in Asien: Die freundschaftlichen Beziehungen, die Deutschland mit jenen Staaten unterhält, das Interesse des Handels und der Industrie an der Aufrechterhaltung friedlicher Zustände im Osten, und nicht zuletzt unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund als Ratsmacht, machen es der Reichsregierung zur Pflicht, sich mit ganzer Macht an der friedlichen Beilegung des Streitfalles zu beteiligen. Deutschland hat auf die Exterritorialität in China verzichtet und nimmt daher nicht an der Rechtsstellung der anderen Mächte teil, soweit sie auf diesen Vorrechten beruhen. **Zu Memel, Litauen:** Ich möchte es schämen, auf Handlungen der litauischen Regierung, die ich für unverantwortlich und vertragswidrig halte, mit vorzeitigen Repressivmaßnahmen zu antworten. Auf Zwischenrufe von rechts wiederholte BRÜNING ausdrücklich: vorzeitige Repressivmaßnahmen. Ich werde mich nicht scheuen, Repressivmaßnahmen gegen Litauen im richtigen Augenblick zu ergreifen, wenn die Umstände es erforderlich machen. Was die Niederlegung des Amtes des Herrn BÖTTCHER betrifft, so hat Herr BÖTTCHER diesen Schritt aus freier Initiative unternommen, ohne Einwirkung von deutscher Seite.

Zur Abrüstungskonferenz: Unsere Vorschläge sind wie alle anderen gleichberechtigt.

Leider ist es nicht möglich gewesen, alle beteiligten Regierungen von der Notwendigkeit des sofortigen Zusammentritts der Konferenz zur Reparationsfrage zu überzeugen. Die Auffassung der Reichsregierung zur Reparationsfrage in materieller Beziehung habe ich klar in dem bekannten Interview niedergelegt. An dieser Erklärung muß ich festhalten.

Zur sogenannten Deflationspolitik, d. h. der Politik der Preisrenkung durch Kreditbeschränkung: Die Reichsregierung wird alles tun, um einer weiteren Deflation zu begegnen. Deswegen kann auch die Arbeit des Herrn Preis-

kommissars auf vielen Gebieten nunmehr abgeschlossen werden. Aufrechterhalten werden muß sie für eine Reihe von Gebieten. Ich will nur auf die Regelung der Preisgebung bei den öffentlichen Tarifen, Gas und Elektrizität, verweisen. Im übrigen wird es notwendig sein, Maßnahmen zu treffen, daß nicht etwa nunmehr in kürzester Frist eine Steigerung der Preise auf den verschiedensten Gebieten eintreten wird. Es wird unser Bestreben sein, den Brotpreis so zu halten, wie er jetzt ist.

Zu einer Stabilisierung der deutschen Währung ist Voraussetzung, in der Etatspolitik eine sichere Deckung der Ausgaben für die nächsten Jahre unter allen Umständen zu gewährleisten.

BRÜNING sprach von diesen materiellen Lasten als von Maßnahmen, die immer darauf hinausgehen, eine Milderung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen (?).

BRÜNINGs letztes Kapitel war die Innenpolitik. Er knüpfte dabei an die Rücksichten auf die Außenpolitik und auf die Überwindung der Wirtschaftskrise an: diese Rücksichten hätten ihn bestimmt, die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zu versuchen.

Verhältnis zu den NS: Der Abgeordnete GOEBBELS hat behauptet, ich hätte gewillt, die Hilfe der NS bei der Reichspräsidentenwahl, nachdem ich sie vorher in meiner Rundfunkrede aufs schärfste angegriffen hätte. Ich habe in meiner Rundfunkrede gesagt, daß die Legalitätsbetonungen des Parteiführers der NS im Gegensatz zu den Betuerungen und Methoden mancher seiner Unterführer ständen. Das Auftreten HITLERs im „Kaiserhof“, seine Unterhaltung mit den ausländischen Pressevertretern und die gleichzeitigen scharfen Aeußerungen nationalsozialistischer Agitatoren hatten die Reichsregierung gezwungen, gegen diese Propaganda Front zu machen. Das Bestreben, auch die NS gerecht zu behandeln, ist die Grundtendenz meiner Politik gewesen. Diese Tendenz ist auch in dem Erlaß des Reichswehrministers enthalten. Der Erlaß zeigt das Bestreben, die Bemühungen des nationalsozialistischen Führers, auf legalen Wege seine Partei weiterzuführen, nicht von vornherein zurückzuweisen. Sollten sich nach diesem Erlaß Mißstände in der Reichswehr zeigen, so werden wir entschlossen, die Forderungen daraus ziehen. (Zu den NS:) Sie können mir wirklich nicht den Vorwurf machen, daß ich gegen Sie zu scharf gewesen wäre.

Das System BRÜNING und das System des 9. November: Die NS pflegen beides zu identifizieren. (Mit erhobener Stimme und sehr erregt:) Ich muß hier einmal energisch feststellen, daß ich mich am 9. November an der Spitze von Truppen befunden habe, die an der Front standen. Ich war bei der Gruppe WINTERFELD, die zur Niederwerfung der Revolution gebildet worden war. (!)

Es ist eine bewußte Unwahrheit, wenn immer wieder behauptet wird, ich sei mit meiner Person Schuld an dem Nichtzustandekommen einer Einheitskandidatur des Reichspräsidenten VON HINDENBURG. Ich stelle fest, daß ich dem Reichspräsidenten meine Demission angeboten habe, um den Weg freizumachen. Zu derartigen Experimenten war der Reichspräsident keinen Augenblick bereit.

Ich habe mich den Bestrebungen, die Opposition an die Macht zu lassen, nicht widersetzt, weil ich immer hoffe, daß es dem maßvollen Führer gelingen würde, die Massen im Zaum zu halten. Bei einer solchen Beteiligung der Opposition an der Regierung käme ich mit meiner Person aber nicht mehr in Frage.

Wenn ich immer wieder Hoffnung schöpfen konnte, dann deswegen, weil ich einen Mann, dienen konnte, wie dem Reichspräsidenten VON HINDENBURG. Wer das Glück hat, diesem Mann dienen zu können, wird Verständnis dafür haben, daß ich alles daran setze, daß die Geschicke lauten kann. Von der Wiederwahl HINDENBURGS hängt es ab, ob die Welt glaubt, daß im deutschen Volke noch Ehrfurcht und Achtung vor Geschichte und geschichtlicher Person besteht.

Nationale Leute.

OBERFOHREN, der Führer der deutschnationalen Reichstags-Fraktion, hielt im Rahmen einer Kundgebung der DNVP eine Rede zur Präsidentenwahl. Die Kundgebung war im größten Saal unserer kleinen Kreisstadt, der mit gut 450 Menschen, meist Bürgern, überfüllt war. Zu Beginn wurden zwei Strophen des Liedes: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ...“ mit Begleitung durch eine „Stahlhelm“-Kapelle gesungen. Die größte Begeisterung löste der Redner aus, als er über den Memelkonflikt sprach, und die „uns zufriedenstellende Lösung“ empfahl, daß ein Regiment Reichswehr, die SA, und der „Stahlhelm“ aufmarschieren sollten. Langanhaltendes Klatschen, Freudenheul und Fußstrampeln.

Der Ministerpräsident richtet sich langsam in die Höhe. „Wir werden niemals die Angreifer sein! Aber wir werden uns wehren! Sie belächelten vorhin die ‚Zwangsläufigkeit‘ politischer Geschehnisse, Herr Brandt, ich erkenne sie an. Wir werden uns also in diesem Punkt nie verständigen. In meiner Bereitschaft, den Frieden zu erhalten, stehe ich Ihnen nicht nach...“

„Ich vermisse nur die entsprechenden Taten!“ fällt Brandt scharf ein.

„Bitte, Herr Brandt, wenn der Frieden nur zu haben sein soll unter Verzicht auf nationale Selbstbehauptung, dann wähle ich allerdings ohne Überlegung die Waffenentscheidung!“

„Sie drehen sich im Kreise, Baron! Erst machen Sie eine spitzfindige und bluffende Politik, und jetzt präsentieren Sie dem Volk die unheilvolle Rechnung!“

Saint Brice überhörte den Einwurf und fährt fort: „Ihre Methoden, Herr Brandt, lehne ich ab. Die schroffe Absage an unsern Belgrader Freund kann den kunstvoll geschmiedeten Bau der französischen Politik zerstören! Ihre Aufforderung an Berlin zum Boykott gegen den Staat, der zur Mobilmachung schreitet...“

„Zuerst zur Mobilmachung schreitet!“

„Bitte, Herr Brandt, das ist Haarspalterei. Es kommt nicht darauf an, wer die jure die Mobilmachung als erster verkündet, sondern wer sie als erster materiell bewerkstelligt. Italien zieht seine Luftkräfte zusammen...“

„Nachdem wir zuvor das Beispiel gegeben haben!“

„Eine Vorbereitung, die unerlässlich war, wie Sie aus der Darlegung des Herrn Generalstabschefs gehört haben!“

Brandt springt auf. „Es ist ein hoffnungsloses Kreiselspiel!“

„Bitte, Herr Brandt, ist es noch französische Interessenpolitik, wenn Sie ausgerechnet in unserer angespannten Lage den Deutschen die Aufhebung des Versailler Vertrages in Aussicht stellen, ganz ohne Gegenleistung? Versailles erweist sich gerade heute als stärkste Stütze! Deutschland, weil zu militärischer Ohnmacht verurteilt, fällt als Kampfgegner nahezu aus, ebenso verhält es sich mit Oesterreich und Ungarn. Versailles hat Polen und die Kleine Entente fest an Frankreich gekettet. Die militärische Überlegenheit gehört also uns und unsren Bundesgenossen! Darüber wird sich auch Herr Cap-

poni nicht täuschen! Es heißt also, Herr unserer Nerven zu bleiben...“

In diesem Augenblick dröhnen Massenerufe von der Straße herauf:

„Brandt! ... Hoch Brandt! ... Nieder mit den Kriegsmachern!“

Brandt tritt auf Saint Brice zu. „Hören Sie, Baron? Straßen und Plätze hallen wider von den Angstschreien einer Menschheit, die das Messer der Henker wittert!“

„Verhetzte Massen rufen allerlei!“ wirft ihm Saint Brice laut zurück.

„Jawohl, allerlei rufen die Massen! Zum Beispiel meinen Namen, nicht wahr? Stolze Genugtuung, in dieser Stunde Anwalt ungezählter Millionen zu sein! Anwalt der Vernunft! Verstehen Sie nicht den Notschrei einer geschundenen Erde? Den Anruf eines Gottes, der gerechter und menschlicher sein möge als Kabinette und Parlamente?“

„Und wenn uns morgen Capponi seine Fliegergeschwader und Armeen auf den Hals schießt?“ braust Humette auf.

„Das zu tun wird er nur wagen, wenn Sie selbst die Zähne blecken!“

„Aber wenn er uns anpackt, auch ohne unser Zutun? Darauf, Herr Brandt, sind Sie uns loyale Antwort schuldig! Soll der italienische Angriff ein zur Verteidigung entschlossenes Frankreich finden? Ja oder nein?“ Humette steht sprungbereit auf der andren Seite des Tisches.

Brandt steht eine Sekunde betroffen. Dann sagt er, jedes Wort sich mühsam abringend: „Wer uns überfällt, stößt auf französisches Eisen! Welcher Franzose greift nicht zur Waffe, wenn der Feind über die Grenzen einbrüche! Ich sabotiere nicht den Krieg, wenn er vom Feind in unser Land getragen ist, ich sabotiere nur die gewissenlose Politik, die uns die Furchtbarkeit nicht vom Halse zu halten versteht! Erklärt uns Capponi den Krieg... es wird nicht geschehen...“ aber tut er es, dann verteidigen wir uns bis aufs Messer. Aber es darf nicht geschehen! Deshalb kämpfe ich mit letzter Kraft, ich kann nicht, unser Todesurteil unterschreiben, solange ich Menschenblut in den Adern habe. Jedes andere Opfer, nur nicht dieses letzte und sinnlose! Wir haben nicht die grauenvolle Mission, unsre eigenen Henker zu sein!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Schultheiß-Skandal.

Von Hans Lehmann.

Der SCHULTHEISS-PATZENHOFER-Skandal ist wieder ein Schulbeispiel dafür, wie der Aufsichtsrat in den großen Aktiengesellschaften dazu verhilft, die Verantwortlichkeit zu verwischen. Ähnlich wie bei der Favag dient auch bei SCHULTHEISS der Aufsichtsrat, der sich zu einem erheblichen Teil aus den Vertretern der mit SCHULTHEISS-PATZENHOFER arbeitenden Banken zusammensetzt, zwar dazu, das Vertrauen der Außenstehenden zu der Geschäftsleitung zu stärken. In Wirklichkeit tat er aber nichts, was diese Verstärkung des Vertrauens irgendwie hätte rechtfertigen können. Im Gegenteil gab er dem Generaldirektor KATZENELLENBOGEN Gelegenheit, nur um so ungehinderter das Vermögen des von ihm geleiteten Unternehmens zu verwirtschaften.

Wenn auch die Anklage sich in erster Linie gegen den Generaldirektor KATZENELLENBOGEN wegen Bilanzverschleierung, Prospektbetrug und handelsrechtlicher Untreue richtet, so gehörten eigentlich die Vertreter der Großbanken im Aufsichtsrat nicht weniger auf die Anklagebank. Ohne ihre Nachlässigkeit, wenn nicht gar Mithilfe, hätte das Unglück nicht annähernd so groß werden können, wie es schließlich wurde.

Bei dem Prozeß geht es um folgendes: die Ostwerke A. G. schloß im Jahre 1921 eine Interessengemeinschaft mit der SCHULTHEISS-PATZENHOFER-Brauerei. Am 15. September 1930 wurde dann rückwirkend vom 1. September 1929 die Verschmelzung dieser beiden Firmen beschlossen. Als Generaldirektor der neuen SCHULTHEISS-Ostwerke fungierte Herr KATZENELLENBOGEN. Dieser beauftragte vom Oktober 1929 bis zum Spätherbst 1930 befreundete Banken, die Aktien seines Unternehmens an der Börse aufzukaufen, um so den Aktienkurs möglichst hoch zu halten. Dagegen verpflichtete sich KATZENELLENBOGEN für seine Gesellschaft, den Banken die Aktien, die sie aufgekauft hatten, bis zum 1. Januar 1932 wieder abzunehmen, und zwar zu einem Kurse, der annähernd dreimal so hoch war wie ihr tatsächlicher Wert. Diese Verpflichtung wurde für SCHULTHEISS-PATZENHOFER, selbst wenn es gelänge, die Aktien zum Nennwert, d. h. eine Aktie über 1000 Mark zum Preise von 1000 Mark, zu verkaufen, einen Verlust von etwa 27 Millionen Mark bringen. In Wahrheit würde der Verlust z. Zt. aber noch viel größer sein, da wahrscheinlich nur ein geringerer Kurs zu erzielen sein würde. Durch die verschiedensten Machenschaften brachte Herr KATZENELLENBOGEN es fertig, daß keiner außer ihm recht wußte, wie groß die Verpflichtungen seiner Gesellschaft waren. Auch die Bilanzen wurden so aufgestellt, daß hieraus nichts zu ersehen war.

Besonders belastend für KATZENELLENBOGEN war es noch, daß er selber einen größeren Teil Aktien seiner Gesellschaft besaß und die Kursstützungskäufe der Banken dazu benutzte, um seine Papiere günstig loszuschlagen. Selbst aus dem Börsenprospekt, den die SCHULTHEISS-Ostwerke im Februar 1931 herausgaben, um neue Aktien an der Börse unterzubringen, war nichts über die wirkliche Lage der Gesellschaft zu erfahren. Hierfür trifft besonders die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, die den Prospekt aufstellte, ein gerüttelt Maß Schuld; denn sie hat sich zum mindesten nicht genügende Unterlagen für den Prospekt beschafft, obwohl ihr Direktor von STAUSS im Aufsichtsrat der Ostwerke saß. Dabei besteht jedoch die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Bankenvertreter im Aufsichtsrat zum Teil recht gut über die wahre Lage der von ihnen zu beaufsichtigenden Ostwerke unterrichtet waren, ohne daß sie es für nötig hielten, ihre Kollegen im Aufsichtsrat hierüber zu verständigen.

Hier stößt man auf eines der Grundübel des heutigen Aufsichtsratswesens: Die Bankenvertreter im Aufsichtsrat von SCHULTHEISS-PATZENHOFER fühlten sich nämlich offenbar weniger der zu beaufsichtigenden Gesellschaft gegenüber verantwortlich als vielmehr den sie entscheidenden Banken. So erfuhr Herr JAKOB GOLDSCHMIDT als Vertreter der Danat-

bank nicht, was Herr VON STAUSS als Vertreter der Dedit-Bank über die Verpflichtungen der SCHULTHEISS-Ostwerke bei seiner Bank wußte. Umgekehrt ließ JAKOB GOLDSCHMIDT seinen Rivalen STAUSS auch nicht in die Geschäftsvorbereitung zwischen SCHULTHEISS und der Danatbank hineinblicken. Man trachtete auch im Aufsichtsrat danach, einander das Geschäft wegzuschneiden, und, um die angenehme Geschäftsverbindung des Herrn KATZENELLENBOGEN nicht zu trüben, hielt man es auch nicht für angebracht, sich um das zu kümmern, was Herr KATZENELLENBOGEN nicht freiwillig offenbarte. Auf die Frage des Gerichts, wie sich die Tätigkeit des Aufsichtsrats abgespielt habe, erklärte z. B. JAKOB GOLDSCHMIDT: „Wir haben uns auf die Ausführungen des Generaldirektors vollkommen verlassen.“ Ein anderer Bankdirektor, Herr REINHART, von der Commerz- und Privatbank, ergänzte ihn mit den Worten: „Die Kompetenz des Aufsichtsrates hat im Laufe der Zeit eine Verschlechterung erfahren. Bei großen Konzernen ist eine Verschlechterung der Aufsichtsbefugnis unmöglich. ... Zu Interessen-Kollisionen kann es bei Aufsichtsräten, die Bankiers sind, zweifellos kommen.“ Auch Herr KATZENELLENBOGEN bestätigte, daß der Aufsichtsrat im allgemeinen nicht gefragt wurde, wenn das Generaldirektorium einig war. Und dafür, daß es einig war, wußte Herr KATZENELLENBOGEN schon zu sorgen. Ja, er wußte sich sogar zu rühmen, daß er zwanzig Jahre lang sich nicht nach der Satzung seiner Gesellschaft gerichtet habe, ohne daß ihm deshalb vom Aufsichtsrat Vorhaltungen gemacht wurden.

Man muß schon dem angeklagten Generaldirektor glauben, daß er seine guten Gründe dafür hatte, seine Aufsichtsratsmitglieder nicht allzu tief in die Geschäftsführung Einblick nehmen zu lassen. Welche Firma ließe sich auch freiwillig durch die Vertreter ihrer Gläubiger in die Karten sehen. Und als solche fühlten sich doch in erster Linie die Aufsichtsratsmitglieder GOLDSCHMIDT, STAUSS u. a. w. Herr REINHART hielt es sogar für erklärlich, daß der Aufsichtsrat nicht einmal in dem Augenblick ins Vertrauen gezogen wurde, als der Schaden feststand. Man dürfe, so meinte er, den Aufsichtsrat nicht über alles unterrichten, sonst hätte sich z. B. in dem zur Verhandlung stehenden Fall die Kenntnis über die wahre Lage der SCHULTHEISS-Ostwerke zum Schaden der Gesellschaft zu schnell verbreitet. Ein Aufsichtsrat von so viel Mitgliedern würde nämlich derartige Nachrichten niemals geheimhalten.

Wer also bisher den Aufsichtsrat für eine Einrichtung hielt, die berufen ist, Unheil von ihrer Gesellschaft abzuwenden, ist durch diesen Prozeß gründlich eines besseren belehrt. Im Gegenteil, der Aufsichtsrat zeigte sich in dieser Verhandlung als eine Gefahrenquelle in doppeltem Sinne: einmal bestand die Gefahr, daß er durch seine Geschwätzigkeit die Gesellschaft nur schädigte. Besonders aber müssen wir der Prozeßführung dafür dankbar sein, daß sie uns offenbarte, wie leicht das Aufsichtsgesetz gestaltet werden kann zu einem Konsortium zur Ausplünderung der beaufsichtigten Gesellschaft.

Wir glauben nicht, daß an diesen Zuständen im kapitalistischen Staate irgend etwas wesentliches geändert werden kann. Wie wenig jedenfalls durch verstärkte Aufsicht etwas erreicht wird, zeigt uns ja der Favag-Prozeß zur Genüge.

Das Zentrum und seine Todfeinde.

Ein Wort für die SPD.

Dr. HEIM, der vor sieben Jahren durchsetzte, daß sich die (katholische!) Bayerische Volkspartei im zweiten Wahlgang für den Protestanten HINDENBURG entschied statt für den Katholiken WILHELM MARX, berichtet, in einer führenden katholischen Zeitung habe es damals geheißt:

ben und jagd uns in einem atemberaubenden Tempo durch einen Zeitraum von mehr als vierhundert Jahren, von dem tollsten Antontomen VESALIUS bis zum Kriegschirurgen BERGMANN. Wie haben diese Kerle gewirtschaftet, wie haben sie geschuftet, gekämpft und — gelitten! Sie kämpften nicht nur gegen den Tod, der vom Körper Besitz ergreift; sie rangen mit dem weit grausameren Tod, der Geist und Seele würgt und bald in Gestalt der Inquisition, bald in Gestalt von Verleumdung und Vorurteil auftrat. Ihr Drang, hinter die Geheimnisse des Lebens zu kommen, ihr Haß gegen alles Kranke und Verderbte, ihre unerschütterliche Wahrheitsliebe ließ sie Taten vollbringen, die bei uns den Glauben an die guten Kräfte im Menschen stärken können. In diesem Sinne können sie uns Vorbild sein und den Trost geben, der zur Tat anspornt.

Aber das Leben dieser Männer zeigt auch, wie der Wahrheitsdrang zum unbezwingbaren Dämonen werden kann, der die Stimme des Gewissens erstickt und kein anderes Ziel kennt als Resultate um jeden Preis. Wir lassen uns heute mit den modernsten Methoden der Medizin behandeln. Aber denken wir auch an die „Kosten dieses Fortschritts“? Denken wir daran, wieviel Tiere auf dem Schlachtfeld der Wissenschaft ihr Leben unter kaum zu beschreibenden Qualen lassen mußten und noch immer lassen müssen? Der große Physiologe JOHANNES MUELLER schlachtete 57 trächtige Tiere ab, um die Atmung des Embryos im Mutterleib zu studieren. Er hungerte Spinnen in einer Streichholzschachtel aus, um ihre letzten Zuckungen zu beobachten. Und vom „König“ VIRCHOW lese ich folgendes: „Er ... füttert Hunde und nimmt eines Tages ein Seziermesser, um einen heimtückischen Versuch zu machen. Ein Stückchen Gummi schiebt er in die linke Drosselvene ein, klebt ein Pflaster drüber und läßt seinen Patienten laufen. Der ahnt nichts Böses und muß doch nach ein paar Tagen auf der Schlachtbank offenbaren, was er mit dem Gummistüpsel angefangen hat. Richtig, das Ding ist fortgeschwommen, sitzt in einer Lungenschlagader, hat also die Ventile in den Venen und sogar die Herzklappen ohne weiteres passiert. Jetzt wäre VIRCHOW eigentlich am Ende. Aber mit dem Essen kommt der Appetit und also müssen noch ein paar Vierbeiner ihr armes Leben lassen. Warum soll man nicht ein Stückchen Fleisch

„So haben die bayerischen Katholiken unter Führung des Herrn Dr. HEIM den Leuten vom Evangelischen Bund planmäßig in die Hände gearbeitet. ... Der Katholik MARX ist mit Hilfe des katholischen Bayernlandes und zahlreicher Katholiken im übrigen Deutschland unterlegen.“

HEIM schreibt jetzt triumphierend, ein anderer führender Politiker, der MARX gewählt habe, habe einige Zeit darauf geäußert:

„Dr. HEIM hatte doch recht in seinem Aufruf, und man versteht, wenn Dr. HEIM zur Wahl HINDENBURGS aufforderte auch mit der Motivierung: Zur Rettung der christlichen Schule! Also gleichsam zur Rettung von ihren Rettern. Die christlichen Schulen, meint Dr. HEIM, retten wir nicht in Freundschaft mit ihren Todfeinden (!) und in Feindschaft mit den christusgläubigen Protestanten.“

Der bauernschlaue Bauernführer HEIM hat sich hier doch vertan — was allerdings sehr verständlich ist, weil es sich um eine Beurteilung der SPD handelt. Er hat daraus, daß das Zentrum der Todfeind der SPD ist (und zwar weitanschauungsmäßig!), geschlossen, daß auch diese sich dem Zentrum gegenüber benehmen müsse und würde wie ein Todfeind gegenüber dem anderen. Wenn dies gestimmt hätte, dann — und nur dann — wäre die Wahlparole HEIMS 1925 richtig gewesen.

Aber die SPD benimmt sich nicht so, wie kluge Leute zunächst annehmen müssen. Das liegt daran, daß sie viel christlicher ist als das Zentrum und jedesmal, wenn sie auf eine Backe einen Streich bekommen hat, die andere auch hinhält. Sie ist sogar so christlich, daß es der katholische Herr HEIM gar nicht mehr begreift und vor lauter Sorge seinen gerisseneren Freunden vom Zentrum in den Rücken fällt. Denn soviel steht fest: Ein Reichspräsident MARX hätte dem Katholizismus ungleich mehr genützt als der alte HINDENBURG. Gegen den läßt sich viel sagen; daß er ein kirchlicher Reaktionsär ist, aber nicht. Wenigstens längst nicht so viel wie die Herren von der schwarzen Partei.

Das Schlimme ist, daß die SPD nicht das geringste von der Gefahr wissen will, die der Arbeiterschaft von der Freundschaft der SPD mit dem Zentrum droht. Im Augenblick überwiegen allerdings wirtschaftliche Nöte; aber wenn die Luft für andere Dinge wieder etwas freier sein wird und das Zentrum dann seine Kulturforderungen anmelden wird — dann kann das Erwachen der SPD und ihrer Anhänger furchtbar sein. Denn dann wird sich zeigen, daß im Ernstfall das Zentrum und die durch diese Partei vertretene Weltanschauung zu den Todfeinden der Arbeiterklasse gehören. Auf diese Tatsache hinzuweisen und trotz aller Inanspruchnahme durch dringende Tagesgeschäfte immer wieder den Kampf gegen die Kirche und ihre politischen Parteien aufzunehmen, ist Pflicht jedes Sozialisten, für den der Sozialismus nicht nur ein Wirtschaftsproblem ist. W—er.

Urteil im Favag-Prozeß.

1 Frankfurt (Main), 25. Februar.

Am Donnerstag wurde im Favag-Prozeß das Urteil verkündet.

Es erhielten: SAUERBREY vier Jahre Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe, MÄDJE drei Jahre Gefängnis und 90000 Mark Geldstrafe, Dr. KIRSCHBAUM zwei Jahre drei Monate Gefängnis und 19000 Mark Geldstrafe, SCHUMAGHER ein Jahr drei Monate Gefängnis und 26000 Mark Geldstrafe, LINDNER ein Jahr Gefängnis und 18000 Mark Geldstrafe und FUCHS drei Monate Gefängnis und 250 Mark Geldstrafe.

Die gegen FUCHS und SAUERBREY erkannten Geldstrafen sind durch die Untersuchungshaft verbüßt. Ferner wurden bei Dr. KIRSCHBAUM sieben Monate acht Tage, bei FUCHS 19 Tage und bei SAUERBREY acht Monate elf Tage Untersuchungshaft angerechnet.

SAUERBREY wurde nach der Urteilsverkündung sofort in Haft genommen. Auch gegen MÄDJE wurde Haftbefehl erlassen.

Ihr ungläubigen Beter!

Von Hellmuth Falkenfeld.

Unbegreiflich sind mir,
Die an Gott, doch nicht an den Menschen glauben.
Wohl begreif ich die,
Welche aus Liebe zu Gott den Nachbarn Bruder nennen. —
Noch mehr versteh ich solche,
Die, weil sie den unsichtbaren Vater leugnen,
Den irdischen Menschen, den sichtbaren.
Freundlich, friedlich umfassen. —
Ja, auch die noch begreif ich,
Die nicht Vater, nicht Bruder,
Nicht Gott im Himmel, nicht Friede auf Erden glauben. —
Aber peinvoll unfassbar
Seid ihr mir, ungläubige Beter!
Vater im Himmel, Ewiger,
Hort der Liebe droben, —
So kniet eure Andacht.
Doch steht ihr auf, dann brüllt oer Unglaube:
Böse ist der Mensch,
Unfriede wird sein, heute und immer.
Nie werden die Kriegswaffen rusten!
O ihr ungläubigen Beter!
Warum noch kniet ihr,
Wenn ihr an nichts glaubt
Als an die ewige Hölle auf Erden?

Männer gegen Tod und Teufel.

Im Verlag von PAUL NEFF, Berlin 1931, ist die zweite Auflage des Buches: „Männer gegen Tod und Teufel“, von RUDOLF THIEL, erschienen.

Der Verfasser sagt in dem Vorwort zu seinem Buche: „... dies Buch soll keine Ahnengalerie der Medizin sein, es soll den Kämpfer Aeskulap auf möglichst vielen Waffenplätzen zeigen, den Lebenden zum Vorbild und zum Trost.“

In der Tat: Dies Buch ist alles andere als eine langweilige Abhandlung über Mediziner. Es ist forsch und kühn geschrie-

ben in den Blutstrom praktizieren? Viellecht erstickt das Tier daran wie an einem Pfropf aus Blutgerinnsel! VIRCHOW wartet ein, zwei Tage, nichts geschieht. Das Opfer scheint es zu tragen. Doch am dritten Tage — wie sieht das Hündchen aus? Hohlläugig, wimmernd, keuchend liegt es auf dem Stroh und fleht den Peiniger um Erlösung an: wahrhaftig, das ist wie bei Traubes Katzen! Das ist eine regelrechte Pneumonie! Sektion: entsetzliche Verwüstung in der Lunge, Eiter und Gerinnung überall, schwer entzündete Gewebe, wässrige und verjauchte Ausscheidungen in der Brust.“

So erfand der „Fürst der Wissenschaften“ den Begriff der Infektion!

CHRISTIAN MORGENSTERN hat das schöne und einfache Wort gesagt, das in einem solchen Buch nicht fehlen dürfte: „Ganze Weltalter voll Liebe werden notwendig sein, um den Tieren ihre Dienste und Verdienste an uns zu vergelten.“ Das Leben dieser Männer gegen Tod und Teufel darf uns nicht nur Vorbild und Trost, sondern vor allem sollte es Mahnung sein! Wann werden die Menschen ihre Geisteskräfte, ihren Fleiß, ihren Opfermut für das Recht der Tiere einsetzen, denen sie so manchen Fortschritt, so manchen Ruhm und wie oft auch ihre Karriere verdanken? Ths.

Aus dem Anzeigenteil einer katholischen Zeitschrift.

... Die Andacht zum bitteren Leiden und Sterben Jesu Christi u. a. liefern wir jederzeit zu vorteilhaftesten Bedingungen an Geistliche, Eltern und Erzieher. ... Kanis'uswerk: Pöpstl. Druckerei Freiburg, Schweiz.“

„Brave Töchter, die Klosterberuf haben, wollen sich beim Kanis'uswerk anmelden. Hier herrscht die schönste Abwechslung zwischen Handarbeit und religiösem Leben. ... Altersgrenze 30 Jahre. — Anmeldungen richte man an Ehrw. Schwester Oberin des Kanis'uswerkes, Freiburg, Schweiz.“

Klassengenossen!

Ipp. Berlin, den 26. Februar.

Generalversammlung der „Deutschen Friedensgesellschaft“, Ortsgruppe Berlin.

Der Antimilitarist ERNST FRIEDRICH erzählt von seinen Erlebnissen hinter Festungs- und Gefängnismauern. Mit Galgenhumor, ohne heroische Gebärde (fast zu privat). Zur Illustration zeigte er eine Handvoll selber gemachter Lichtbilder.

Ein Jahr Festungshaft mußte er abbüßen. Denunzierung von Soldaten, die seien verkleidete Berufsmörder, Zersetzung der Reichswehr — milde schon dem Richter die Strafe, da Wehrwille und Wehrotat gefährdet waren.

Gollnow — Wesermünde — Moabit sind die Läuterungsstationen des Häftlings.

20 Jahre Arbeiterbewegung, die FRIEDRICH aktiv miterlebte, haben ihn parteimüde, resignierend gemacht. Er ist heute parteipolitisch ein Außenseiter.

Auf Gollnow rächte es sich bald, daß FRIEDRICH kein kommunistisches Parteibuch besaß. Und als der Revolutionär selbst im Trommelfeuer kommunistischer Redakteure nicht müde wurde, begann für ihn ein Kesseltreiben.

Die kommunistische Gefangenengeneration hatte über die Gefängniszelle FRIEDRICH zu entscheiden. Der „Rongal“ wurde mit zwei wüsten Raufbolden in eine Zelle zusammengestopft. Eine Einzelzelle, die die Kommunisten nur ihren Spitzenfunktionären bewilligten, wurde ihm vorerst verweigert, da er den illegalen Tribut in Höhe von 80 Mark nicht zahlen konnte und mochte. Um den Schikanen der „Klassengenossen“ auszuweichen, ließ sich FRIEDRICH schließlich nach Wesermünde versetzen. Die Aufnahme bei den dortigen kommunistischen Gefangenen war anfangs freundlich, ja herzlich! Bis das Signalement aus Gollnow eintraf.

Welchem Klassengenossen, welchem kommunistischen Arbeiter steigt bei solchem Bericht nicht die Schamröte ins Gesicht! Nicht einmal vor den Gefängnismauern macht der Bruderkampf Halt!

FRIEDRICHs Erlebnisse sind in einem Buch veröffentlicht worden. Der Staatsanwalt fühlte sich verpflichtet, das Buch für Preußen zu verbieten.

Kinderhölle in Schwefelgruben.

M. H. Die Kinderarbeit in den sizilianischen Schwefelgruben ist zwar durch Gesetz verboten. Daß dies Gesetz in Wahrheit aber nicht geachtet wird, darüber schreibt KURELLA in einem Buch über seine Erlebnisse im faschistischen Italien, das im Neuen Deutschen Verlag erschienen ist. Er fand, daß in 280 Schwefelbergwerken Siziliens Tausende von Kindern von 10—15 Jahren unter den furchtbarsten Bedingungen der Arbeit dort leiden. Diese Kinder arbeiten in einer von Staub, Schwefel und Karbid verpesteten Luft, bei einer Hitze von 80—82 Grad, sie schleppen Lasten von 35—40 Kilogramm. Sie verdienen dabei 6—10 Lire am Tage, die Arbeitszeit beträgt oft 10 Stunden. Die Eltern schicken aus Not ihre Kinder in die Gruben und geben das Alter der Kinder höher an, als es der Wahrheit entspricht.

Kinderschutz in USA.

M. H. Zur Bekämpfung der Schäden der Kinderarbeit besteht in den Vereinigten Staaten ein „Komitee gegen die Kinderarbeit“, aus dessen Jahresbericht hervorgeht, wieviel Elend hier herrscht. Ueber eine Million Kinder zwischen 7 und 17 Jahren können die Schulen nicht besuchen, weil sie Geld verdienen müssen. Weitere 2 1/2 Millionen Kinder besuchen keine Schule, weil diese zu abgelegen ist, oder weil die Eltern die Kinder zu Hause brauchen. Ein Bundesgesetz, das die Kinderarbeit in der USA regelt, gibt es noch nicht. Seit Jahren werden zwar Versuche im Parlament unternommen ein solches Gesetz durchzubringen, aber sie sind sämtlich gescheitert. Nur 6 von 48 Staaten haben bisher ausreichende Kinderschutzgesetze.

Achtung, Buchdrucker!

In der Provinzpresse werden durch eine Chiffre-Anzeige für eine Berliner Zeitung und Zeitschriftendruckerei bestens bewährte Hand- und Maschinensetzer, Stereotypen, Flach- sowie Rotationsdrucker in Dauerstellung gesucht. Je nach Sparte 10 Prozent über Tarif. Anscheinend handelt es sich um einen der am übertariflichen Lohnabbau beteiligten Großbetriebe. Wir ersuchen deshalb alle Verbandsmitglieder, vor Konditionsannahme unbedingt Erkundigungen beim Berliner Gauvorstand, Engelufur 24/25, Zimmer 13, einzuziehen. Berliner Gauvorstand.

„Das Volk will Hindenburg.“

„Hindenburg bleibt Reichspräsident.“

„Der 13. März muß für die evangelische Arbeiterschaft Deutschlands ein Bekenntnis zu dem Manno sein, der Deutschland und dem deutschen Volk in Krieg und Not ein bewährter Führer und Helfer war. Er ist uns als Staatsmann, als Soldat und entschiedener evangelischer Christ der Bürge für Wiederherstellung äußerer Ehre und Würde der Nation, für die Geltung gerechter, sozialer Wirtschaftsverfassung und die Aufrechterhaltung christlicher Sitten und Ordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die evangelischen Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten wählen am 13. März 1932 Herrn von Hindenburg.“

Der Aufruf ist von etwa 160 Arbeitern und Gewerkschaftssekretären und -sekretärinnen, Gewerkschaftsbeamten und Vertretern der gewerkschaftlichen Presse unterzeichnet.

Uebertragbare Krankheiten in Deutschland.

Das Reichsgesundheitsamt meldet folgende Zahlen:

	Zahl der Erkrankungen	
	1930	1931
Flechte		1
Pocken		0
Diphtherie	69 179	56 628
davon tödlich	4 160	3 098
Genickstarre	875	581
davon tödlich	818	257
Scharlach	70 508	46 980
davon tödlich	720	471
Spinale Kinderlähmung	1 333	1 468
davon tödlich	119	144
Unterleibstypus	4 768	4 220
davon tödlich	459	437
Ruhr	2 409	2 596
davon tödlich	117	129
Kindbettfieber	6 664	5 542
davon tödlich	1 778	1 547

Kampf gegen Alkohol in Finnland.

M. H. Bekanntlich hat am 29. Dezember 1931 in Finnland auf Anordnung der Regierung eine Volksabstimmung über die Aufhebung des bisherigen Alkoholverbotes stattgefunden, bei der 70 Prozent der Stimmen für gänzliche Aufhebung des Verbotes abgegeben wurden. Sicherlich war für viele, dabei — abgesehen von dem Interesse am Alkoholenuß — maßgebend, daß eine hohe Alkoholsteuer, wie sie jetzt geplant ist, der Geldknappheit der Staatskasse aufhelfen könnte; auch wird ein Druck von Seiten Frankreichs zur Zulassung seiner Weinausfuhr mitgewirkt haben. Die Regierung hat nunmehr einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der Mittel zur Einschränkung des Alkoholkonsums enthält; geplant ist: Staatsmonopol für Einfuhr und Handel; nur der Staat soll den Gewinn einstecken, er soll auch die Preise festsetzen; Ueberwachung der Verbraucher durch die Gemeinden, Ausschluß der noch nicht Achtzehnjährigen; Gemeindebestimmungsrecht für die

Landgemeinden. Wenn der Staat aber auf der einen Seite aus der Alkoholsteuer Gewinn für seine Kassen zieht, ist zu befürchten, daß die auf der anderen Seite beabsichtigten Maßnahmen zur Einschränkung des Alkoholverbrauchs nicht allzu energisch betrieben werden. Es wird auch befürchtet, daß infolge der voraussichtlich hohen Preise für Alkohol der Schmuggel weiter blühen wird.

Das alte Lied.

r Neuwedell, 25. Februar.

Nach der Löschung eines Stubenbrandes in der Grabenstraße entdeckte man in einem Bett die Leiche des Arbeiters MALIKOWSKI. Wie die Untersuchung ergab, hat M., der dem Alkohol ergeben war, im Bett geraucht. Er muß darüber eingeschlafen sein, so daß er den entstehenden Brand nicht bemerkte. Wahrscheinlich ist er dann bei der großen Rauchentwicklung in dem geschlossenen Raum erstickt.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 27. Februar.

Breslau:

17.55 ESTHER SCHIECHE-HORJEN: Jung-Chinas Kampf um industrielle und soziale Neuerungen.

Wien:

16.25 ANNA SIEMSEN: Wie obnen wir unseren Kindern den Weg ins Arbeitsleben?

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die deutsche Presse und der zweite Fünfjahrplan.

Sonntag, den 28. Februar.

Berlin:

14.45 Mexikanische Schallplatten.

16.45 „Hoffmanns Erzählungen“ aus dem Großen Schauspielhaus.

Königsberg:

15.00 CLAIRE LOMMER: Das Inkareich, ein Großstaat auf Gemeinschaftsgrundlage.

Königswusterhausen:

18.15 Junge Generation spricht: Sollen wir junge Menschen uns mit Politik beschäftigen?

Langenberg:

11.30: BENGT BERG: Die Geschichte vom armen Spatz.

Moskau, Gewerkschaftssender:

22.00 Wie arbeitet ein Betriebsrat? Interview mit Betriebsratsmitgliedern.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name: Ort:
 Straße und Hausnummer:
 Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen E. Deppa Berlin Verlag International Verlagsgesellschaft GmbH Berlin S 14 Inselstr 8a Tel.: F 7 Jannowitz 5000 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36 Ellertshof 22/23

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNER:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale macht:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch des Nazi-Lagers. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe Internationale Verlagsanstalt z. B., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preisklassen

Otto Pfotenbauer

Weimar, Körnerstraße 40
 Versuchen Sie Angebot!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
 Telefon: 25 81 42

Arbeiterkinderheim

Mädchen u. d. Oertze, Kr. Cella, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf Tageserz. 1.30 M. Kinder unter 10 Jahren 1.— M. Ety Gräfe

Naturreiner, echter

Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
 5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus

MAGDEBURG
 O. v. Guerickestraße 104.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
 Kataloge und Auskunft gratis!

Anterfönné

eleganter Damen-garderobe und Reformkleidung

der Fürstentum

Göttingen
 Nikolaus-Berger-Wer 67

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten mit einer Landkarte und drei Tafeln. Broschiert 3.— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postcheckkonto Hannover 60643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Abrüstung? — Nein.

1 Genf, 25. Februar.

Obwohl der politische Ausschuss der Abrüstungskonferenz sich gestern bereits auf die Seite des zur Mäßigung ratenden Englands gestellt hatte und damit die Richtung, die diese Konferenz nehmen würde, festgelegt war, gab man von diesem sicheren Hafen aus heute noch einmal dem sowjetrussischen Außenkommissar LITWINOW das Wort. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt; SIMON und TARDIEU waren anwesend; die Rede, eine sehr lange Rede, wurde mit der größten Spannung verfolgt. LITWINOW stützte sich auch in dieser Rede auf die gleichen Argumente, die die Russen für die Begründung einer totalen Abrüstung aller Völker stets beigebracht haben: Das fortgesetzte Wettrüsten bereite unmittelbar die Gefahren des neuen Krieges vor, die außerordentlich hohen Rüstungsausgaben hätten die Weltwirtschaftskrise verschärft, im KELLOGG-Pakt sei der Krieg als Instrument der nationalen Politik geachtet worden. Das einzig wirksame Mittel zu einer dauerhaften Organisation des Friedens und zu einer völligen Gleichstellung sämtlicher Mächte könne nur auf dem Weg einer allgemeinen, vollständigen, in kürzester Frist durchgeführten Abschaffung sämtlicher Rüstungen gefunden werden. Der Gedanke der allgemeinen und vollständigen Abrüstung entspreche den wahren Wünschen der Massen. LITWINOW schloß, indem er den kurzen Antrag einbrachte: „Die Abrüstungskonferenz beschließt, den Grundsatz der allgemeinen und vollständigen Abrüstung als Grundlage ihrer Arbeiten zu erklären.“

Offenbar beruhigt durch die Sicherheit, daß die Resolution von LITWINOW keine Mehrheit erhalten würde, schickten sich die Vertreter der Nationen zu einer, wie es heißt, lebhaften Aussprache an. Der türkische Delegierte erklärte, seine Regierung sei zur Annahme der weitestgehenden Anträge bereit. Er begrüßte den Sowjetvorschlag mit Sympathie. Auch der Vertreter Persiens unterstützte den russischen Vorstoß.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Saales nahm der deutsche Botschafter NADOLNY das Wort. Der Vorschlag LITWINOWS stelle das große Ziel dar einer für alle Mächte wirksamen Abschaffung der Rüstungen. Wenn sämtliche Mächte mit der völligen Abschaffung der Rüstungen einverstanden wären, so würde sich Deutschland einer derartigen Entscheidung bestimmt nicht widersetzen.

Nach dieser bedeutungslosen „Wenn“-Erklärung entschloß sich der Grieche POLITIS zum Angriff, indem er dem russischen Antrag die französische Sicherheitsthese entgegenstellte. Der Spanier MADARIAGA trat ihm zur Seite; er erklärte — und damit brachte er die Diskussion endgültig auf das Niveau von Genf zurück — daß es sich nicht um „dramatische“ Beschlüsse, sondern um einen stetigen, planmäßigen Fortschritt zur Lösung der Abrüstungsfrage handele.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Moskauer Regierung gegen die Stimmen Sowjetrußlands und der Türkei abgelehnt. Eine Reihe von Vertretern, darunter auch NADOLNY, enthielten sich der Stimme.

Im weiteren Verlauf der Donnerstagssitzung sprach TARDIEU. Er forderte, daß nunmehr die Einzelausschüsse der Konferenz gemäß den Bestimmungen des Abkommensentwurfs gebildet werden müßten, da ja dieser Entwurf vom politischen Ausschuss einstimmig angenommen worden sei. Er beantragte statt den von der Vollkonferenz bereits angesetzten Ausschüssen die Einsetzung von drei neuen Ausschüssen (für die Truppenbestände, das Kriegsmaterial, die Heeresausgaben) und dann, zur allgemeinen Erregung der Gegenspieler TARDIEUS auf dieser Konferenz, die Einsetzung eines vierten, politischen Ausschusses, der die Sicherheitsfrage durchberaten solle.

Dieser erneute Aufruf TARDIEUS, sich mit dem Sicherheitsproblem des Völkerbundes zu beschäftigen, führte sofort zu einer Spaltung der Versammlung in zwei Lager. Die Vertreter von USA, der Türkei, Hollands, Deutschlands und Italiens lehnten den Vorschlag ab, während die Delegierten von Südslawien und Rumänien sich auf die Seite Frankreichs stellten. England enthielt sich einer eindeutigen Stellungnahme.

4600 Jahre China.

Von Kuo Shien-yan und Karl Hinkel.

(Copyright by Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin.)

(Fortsetzung und Schluß.)

Wie in England, Japan und anderen modernen Industrieländern, so ist auch in China der Arbeiter lediglich ein die Maschine ergänzendes Instrument. Dabei muß man bedenken, daß in China der Arbeiter einer dem europäischen Unternehmer fremden Rasse angehört, die dieser meist als minderwertig betrachtet. Fügt man noch hinzu, daß dem Unternehmer und Aufseher die Namen dieser Arbeiter völlig gleichartig vorkommen, daß er die Gesichter der Leute kaum von einander unterscheiden kann, so ist der Prozeß der Entmenslichung dieses Arbeitsverhältnisses verständlich.

Diese trostlose Lage rechtfertigt allerdings den von ALBERT THOMAS ausgesprochenen Wunsch nach einer Sozialgesetzgebung, die der Ausbeutung Schranken setzt. Allerdings sind die Hoffnungen gering, daß die Nanking-Regierung eine Sozialgesetzgebung, die ihren Namen verdient, in naher Zukunft durchsetzen kann oder auch nur durchsetzen will. Erfahrungsgemäß gibt es nur eine Macht, von der eine wirkliche Besserung sozialer Verhältnisse erwartet werden kann, und dies ist die Macht der Ausgebeuteten selber, die sich in Organisationen zur Beschränkung und Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung zusammenschließen.

Wie steht es mit den Organisationen der chinesischen Arbeiter?

D. Gewerkschaftliche Organisation.

Die chinesischen Handwerker sind bereits seit Jahrhunderten wirtschaftlich organisiert. Sie haben sich ihre Gilden geschaffen, die Meister und Gesellen umfassen und teils an die tausend Jahre bestehen. Die führende Rolle in diesen Gilden spielen offenbar die Meister; doch werden die Unterstützungen und Hilfeleistungen allen Mitgliedern gewährt.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung entstand in Kanton, unter dem Einfluß SUN YAT-SENS. Im Jahre 1919 wurden dort 26 Gewerkschaften gegründet. Dann verbreitete sich die Bewegung nach Hongkong einerseits, nach Hankau und Schanghai andererseits. Hier sind während des Jahres 1922 etwa 60 Verbände gegründet worden. Als eine allgemeine, das ganze Land umfassende Bewegung offenbarten sich die Gewerkschaften indessen erst am Tage des Schanghaier Gemetzels, dem 30. Mai 1925.

Am Donnerstag nachmittag wurde dann der englische Antrag, über dessen Annahme nach den Aussprachen des vorigen Tages niemand mehr im Zweifel sein konnte — ja, nach den Pressmeldungen schien bereits am 21. ein Resultat herbeigeführt worden zu sein —, endgültig angenommen. Die der Abstimmung vorausgehende Debatte, in der die Meinungen noch einmal aufeinanderplatzten, blieb für das Ergebnis ohne Bedeutung.

Der politische Ausschuss in Genf angenommen.

Da nach der Ablehnung des russischen Vorschlags keine Macht die Initiative ergriffen hat, mit der eigenen Abrüstung voranzugehen, unabhängig von dem Verhalten anderer Mächte, sondern jede sich zurückhält unter Berufung auf das bei solchem Verhalten rein formalistisch bleibende Prinzip der Gleichheit, ist TARDIEU erneut vorgestoßen und hat seinem Vorschlag mit erstaunlicher und in diesem Kreis konkurrenzloser Energie einen Sieg bereitet.

Der französische Vorschlag, der die Einsetzung eines besonderen politischen Ausschusses vorsieht, stieß zunächst auf den Widerstand der meisten Staaten, unter denen GRANDI die Wortführung übernahm. Daraufhin sprang TARDIEU ein, um seine Sache noch einmal zu vertreten. Er setzte auseinander, daß das Vertrauen innerhalb der Konferenzmächte gerade durch die Erörterung der politischen Fragen einen gesunden Boden erhalten würde.

Der Verteidigung des französischen Vorschlags hielt der deutsche Botschafter NADOLNY am längsten stand, eine zunächst begriffliche Haltung, da keineswegs feststeht, in welchem Sinn die politische Diskussion über die gerade zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen geführt werden wird. Immerhin betonte auch NADOLNY, daß er keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Ausschuss vorbringen würde. Nachdem SIMON darauf hingewirkt hatte, keine Atmosphäre der Mißstimmung aufkommen zu lassen, erklärte sich NADOLNY bereit, der Einsetzung dieses politischen Ausschusses nicht zu widerstreben, zumal der Vorsitzende HENDERSON ausdrücklich betonte, daß die Richtlinien für die Arbeiten dieses Ausschusses nur vom Konferenzausschuss festgelegt werden würden.

In der dann folgenden Abstimmung wurde der französische Antrag einstimmig angenommen; zugleich wurden die von dem Kommissionsentwurf vorgesehenen Ausschüsse für Land-, See-, Luft- und Haushaltsfragen eingesetzt.

TARDIEU hatte nach der Sitzung eine Unterhaltung mit NADOLNY, über deren Inhalt noch nichts bekannt ist; er reiste am Donnerstagabend nach Paris zurück.

In Genf betrachtet man die Vorgänge des Donnerstags als einen entschiedenen Sieg der französischen Delegation. Nach den französischen Pressmeldungen herrscht die gleiche Auffassung in Frankreich. Nähere Angaben über die Aeußerungen des sozialistischen „Populaire“, das die TARDIEUSCHEN Vorschläge bekämpft, stehen noch aus.

Das englische Zollgesetz.

m London, 26. Februar.

Das Unterhaus hat am Donnerstag spät abends das Zollgesetz in dritter Lesung mit 442 gegen 62 Stimmen angenommen.

Fabry über das Ministerium der „nationalen Verteidigung“.

K Paris, 25. Februar.

Der französische Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Oberst FABRY, bespricht im „Intransigeant“ die Schaffung des neuen Ministeriums der nationalen Verteidigung und seine Bedeutung für die Sicherheit Frankreichs. In Zukunft werde eine bessere Verwendung der für Rüstungszwecke ausgeworfenen 13 Milliarden Franken möglich sein. Doch sei die Neuordnung nicht einfach. Die Vereinheitlichung der militärischen Vorbereitung erfordere ein gemeinsames Oberkommando, das den Generalstäben des Landheeres, der Marine und der Luftstreitkräfte übergeordnet sei und aus hohen Offizieren aller Waffengattungen bestehen müsse. Dabei sei völlige Vertrautheit der Führer mit ihrem Aufgabenkreis unerlässlich.

Im Juni 1926 gab es in China schätzungsweise 563 Gewerkschaftsverbände mit etwa 1 170 000 Mitgliedern. Die Zahlen sind nicht ganz zuverlässig. Nehmen wir sie einmal als richtig an, so zeigen sie einen recht hohen Prozentsatz von Organisierten unter der Gesamtzahl von etwa 10 Millionen Arbeitern in Industrie und Heimgewerbe.

Unter den chinesischen Gewerkschaften muß man zwei Gruppen unterscheiden: die „roten“ Gewerkschaften, die zum Allchinesischen Gewerkschaftsbund (Hauptbüro in Kanton) zusammengeschlossen sind und der RGI (Roten Gewerkschafts-Internationale) angehören; und die „nichtroten“ oder „gelben“ Organisationen, die meist ohne Einfluß sind.

Bis zum Jahre 1927 brauchten die Gewerkschaften in Kanton das Tageslicht nicht zu scheuen. Hier erreichten sie eine gewisse Blüte. In Schanghai, mit seiner größeren Arbeiterbevölkerung, war die Gewerkschaftsbewegung noch weiter fortgeschritten. Im Jahre 1925 waren etwa 25 Proz. der Arbeiter Schanghai organisiert. Seitdem ist hier die Zahl der Organisierten zurückgegangen. Immerhin konnten sich die Schanghaier Gewerkschaften im Jahre 1927 ohne Hilfe von außen aufrecht erhalten.

Die chinesischen und die fremden Unternehmer verhalten sich den Gewerkschaften gegenüber in gleicher Weise ablehnend. Sie halten die Forderung höherer Löhne für ein Verbrechen und meinen, die chinesischen Arbeiter seien ganz zufrieden, solange ihnen nicht jemand ihre Lage klar mache. Sie geben zu, daß die Arbeitskraft billig ist, betonen aber die Geringwertigkeit der Leistung und beschwerten sich über die bolschewistische Agitation.

Beides, die „geringere Leistung“ und die „bolschewistische Agitation“, sind beliebte Redensarten, mit denen die Unternehmer in China wie in Indien und überall sonst in Asien die Verhältnisse zu erklären versuchen.

„Zugegeben, daß die unterernährten Menschenmassen des orientalischen Fabrikproletariats nur eine Hälfte, selbst nur ein Drittel von der Leistung des europäischen Industriearbeiters aufzuweisen haben, so steht ebenfalls fest, daß selbst drei, vier, ja sechs Arbeiter im Orient weniger Lohn erhalten als einer in Europa... — Und was den Schwanz von der „Bolschewisierung“ betrifft, so genügt der Hinweis, daß die Unterdrückung der Menschen in Indien — und wie wir sehen, auch in China — schlimmer ist als je im zaristischen Rußland, um zu zeigen, daß die Freiheitsbewegung eine durchaus spontane ist, aber allerdings auch jede von außen kommende Hilfe dankbar annimmt.“

Neubildung des Memeler Direktoriums.

w Kowno, 25. Februar.

Das litauische Ministerkabinett hielt am Mittwoch im Palais des Staatspräsidenten eine Sitzung ab, auf der Dr. ZAUNIS über den Verlauf der Memelverhandlungen in Genf Bericht erstattete. Im Anschluß daran nahmen die einzelnen Minister zu der Memelfrage Stellung. Wie verlautet, fand der Wunsch des Staatspräsidenten, so bald wie möglich ein dem Uebereinkommen entsprechendes Direktorium in Memel zu bilden, allgemeine Zustimmung. Die Bildung des Direktoriums soll schon in drei bis vier Tagen erfolgen.

n Krottingen, 25. Februar.

Der von Kowno in Marsch gesetzte Panzerzug ist bis auf weiteres an der Grenze des Memelgebietes in Litauisch-Krottingen stationiert, wo auch der Kriegskommandant für das Memelgebiet seinen Sitz hat.

Oldenburgischer Landtag.

o Oldenburg, 25. Februar.

Der oldenburgische Landtag lehnte die Anträge der Rechtsparteien auf Auflösung des Landtages ab. Für die Auflösung stimmten NS, Deutschnationale und Kommunisten. Dagegen Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei. Die Zweidrittelmehrheit, die für die Auflösung des Landtages notwendig ist, wurde nicht erreicht. Die DVP enthielt sich der Stimme.

Nun wird voraussichtlich ein Volksentscheid stattfinden.

Regierungsrat Hitler.

p Braunschweig, 25. Februar.

HITLER ist von der braunschweigischen Regierung mit sofortiger Wirkung zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt worden. Er ist damit deutscher Staatsbürger geworden. Die Urkunde über seine Ernennung wurde vom braunschweigischen Ministerpräsidenten KÜCHENTHAL und dem Minister KLAGGES unterzeichnet.

e Braunschweig, 25. Februar.

In einer Wahlversammlung der NSDAP gab KLAGGES eine Erklärung ab, in der es heißt: Die braunschweigische Regierung hat ADOLF HITLER heute in den braunschweigischen Staatsdienst berufen... Damit hat die braunschweigische Regierung zugleich eine Ehrenpflicht gegenüber dem Frontsoldaten, Volksführer und zukünftigen Reichspräsidenten ADOLF HITLER erfüllt. Damit ist das letzte (!) Hindernis beseitigt. Dem nationalsozialistischen Führer steht der Weg zur Präsidentschaft offen. Als Vertreter der Nationalsozialisten in der braunschweigischen Regierung und zugleich im Namen ADOLF HITLERS danke ich allen, die diese Lösung durch ihre Mitwirkung ermöglicht haben. Dieser Dank gilt... vor allem aber auch Minister Dr. KÜCHENTHAL und den Gruppen der Fraktion Bürgerliche Einheitsliste, die in vorbildlicher Einmütigkeit und Loyalität zum Gelingen beigetragen haben.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, den 1. März, 20 Uhr, Kasino-Festsäle, Pappelalle 15. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Bezirk Reinickendorf: Mittwoch, den 2. März, 20 Uhr, Vereinshaus Sachse, Holländer-Ecke Thurnerstraße. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Erfurt: Sonnabend, den 27. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstr. Thema: Die Lage in China, und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Rednerin: Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Dieses Urteil des deutschen Gewerkschaftsführers FURTWÄNGLER trifft unseres Erachtens ins Schwarze. Aber die Unternehmer, chinesische wie fremde, betrachten nun einmal den Bolschewismus und die Bolschewisten als die Ursache der Arbeiterunruhen, und es ist ihrem Einfluß gelungen, TSIANGKEISCHER zu schärfstem Einschreiten gegen die kommunistische Bewegung und gegen die kommunistischen Einflüsse in der Kuo Min-tang und den Gewerkschaften zu bewegen. Der allchinesische Gewerkschaftsbund arbeitet seitdem illegal. Er hat seinen Sitz von Kanton nach Wuhan verlegt, wo nach dem Umschlag von 1926-27 die kommunistische Macht immer noch stärker geblieben ist als in Kanton oder gar in Nanking, dem Sitz der Kuo Min-tang-Regierung und der Nationalarmee.

Wohl sind in Kanton und in den von TSIANGKEISCHER beherrschten Gebieten nicht alle Gewerkschaften unterdrückt oder verboten. Manche wurden bei der „Reinigungsaktion“ aufgelöst, haben sich aber inzwischen neu gebildet. Ja, es gibt auch heute noch zahlreiche Arbeiterorganisationen im Kuo Min-tang-Gebiet. Aber es läßt sich auf Grund der bis jetzt vorliegenden Berichte schwerlich sagen, welcher Natur diese Verbände sind: ob lediglich die Kommunisten aus ihnen ausgeschlossen wurden, oder ob es sich nicht in vielen Fällen um „gelbe“ Organisationen handelt. Sicher ist, daß von den jetzigen Armeeführern gegen Streikversuche überall scharf vorgegangen wird.

Trotz dieser Maßnahmen der Generäle haben 1927 sowohl in Kanton als auch in Schanghai und Hankau große Streiks stattgefunden. Trotz der schweren Erschütterungen, die gerade das Jahr 1927 der Gewerkschaftsbewegung gebracht hat, zeigte die Arbeiterschaft Ende 1927 eine leichte Besserung der Lebenslage des chinesischen Proletariats. Seitdem stehen uns zuverlässige Berichte über die Gewerkschaftsbewegung nicht zur Verfügung.

So ist im ganzen das Bild der chinesischen Arbeiterorganisationen recht trübe. Auch für die Zukunft dürfen wir mit einer schnellen Entwicklung auf diesem Gebiet keineswegs rechnen. Man kann auch hier das Wort anwenden, das eine zuverlässige japanische Zeitschrift („Transpacific“) kürzlich über die inneren Schwierigkeiten in China geschrieben hat: „Die Chinesen haben immer den Ruf gehabt, sich ihrem Ziel in Kurvenlinien zu nähern, und manchmal schwingen die Kurven so weit zurück, daß der Beschauer den Fortschritt nicht mehr merkt.“

Hoffen wir, daß es trotz allem vorwärts geht mit der chinesischen Gewerkschaftsbewegung!

Auf dem Wege zum Außenhandelsmonopol.

Wir gaben gestern eine Uebersicht über Ziele und Mittel dessen, was man heute Handelspolitik nennt und was — im Ganzen genommen — nichts ist als Politik zur Verhinderung des Handels. Wir zeigen im Folgenden, zu welchen Konsequenzen die zur Zeit übliche „Handelspolitik“ führt.

Kontingente.

Neben der Devisenbewirtschaftung, das heißt: der planmäßigen Beschränkung der Devisenzuteilung zur Bezahlung von Einfuhrwaren, spielt zur Zeit in der Handelspolitik die größte Rolle die Festsetzung von Einfuhrkontingenten, mit anderen Worten: die gesetzliche Beschränkung der zulässigen Einfuhrmengen. Es heißt heute nicht mehr: Wer so und so viel Zoll bezahlt, darf Uhren einführen, sondern: Nur die und die Menge Uhren darf eingeführt werden.

Wie diese Kontingentierungspolitik in der Praxis aussieht, sehen wir am besten an einigen Beispielen. Wir können uns dann ausmalen, was uns bevorsteht.

Einseitige Festsetzung von Kontingenten.

Oesterreich hat für die Vieheinfuhr Kontingente entsprechend der Vorjahreseinfuhr festgesetzt, also insgesamt keine Einfuhrbeschränkung vorgenommen; es behält sich aber Freiheiten hinsichtlich der Einteilung der Wochenkontingente vor, um die Einfuhr zeitlich nach Belieben verschieben zu können. Welche Einflußmöglichkeiten entstehen hier für den Staat und welche Fülle von Unsicherheit für den Handel!

Holland und die Schweiz haben einseitig Einfuhrkontingente festgesetzt, zum Teil überraschend plötzlich.

Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland.

Zwischen Frankreich und Deutschland fanden und finden dagegen langwierige Verhandlungen über die Festsetzung von Kontingenten für eine ganze Reihe von Produkten statt: zum Beispiel Zement, Stickstoff, Möbel, elektrotechnische Artikel, Metallwaren, Schuhe, Strumpfwaren. Insgesamt sind bisher seit Dezember 23 einzelne Abkommen getroffen worden.

Die Verhandlungen wurden im Einverständnis mit den beiderseitigen Regierungen zwischen industriellen Verbänden geführt. Das Ergebnis der Verhandlungen war meist die Festlegung, daß künftig nur noch ein gewisser Teil des vorjährigen Exports von Deutschland nach Frankreich stattfinden darf, im Durchschnitt nur 60 Prozent. Für elektrotechnische Artikel soll die Höhe des Kontingents verändert werden je nach der Lage auf dem französischen Binnenmarkt. Für Möbel ist ein besonderes Abkommen wegen der Belieferung des Saargebietes getroffen worden: in deutsche Möbel, die für das Saargebiet bestimmt sind, muß deutlich sichtbar das Wort „Saarkontingent“ eingebrannt werden! Der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie hat eine „Ausfuhrstelle der Gruppe Möbelindustrie“ in Berlin gegründet; sie soll die Kontingentmengen „verwalten“, auf die Firmen verteilen, Ausfuhrerlaubnisse ausstellen, Brennstempel ausgeben u. s. w.

Für die Rohstoffausfuhr sind solche Abkommen verhältnismäßig leicht durchführbar, weil es sich da um gleichartige Produkte oder doch um nur wenige Sorten handelt; außerdem sind diese Produkte meist kartelliert und werden sowieso von einer Stelle aus verkauft. Bei der Behandlung von *Fertigwaren* nach demselben System wird sich in der Praxis eine Fülle von Schwierigkeiten ergeben. Nach welchem Schlüssel soll das Gesamtkontingent auf die einzelnen Firmen verteilt werden? Von wem? Wirklich von einer privaten Stelle wie im Fall der Möbelindustrie? Wer kontrolliert, daß keine Firma mehr ausführt, als ihrem Anteil entspricht? Wenn nicht überhaupt die ganze Ausfuhr nach einem einheitlichen Plan geleitet wird, drohen Überraschungen, wie sie kürzlich manche deutschen Metallfirmen erlebten: sie erfuhren plötzlich Mitte Februar, das französische Einfuhrkontingent für große Gabeln und Zinkenhacken für das erste Vierteljahr 1932 sei erschöpft; mit weiterer Ausfuhr müßten sie also bis zum 1. April warten. Ähnlich überraschte die Schweizer Erklärung, die deutschen Jahreseinfuhr-Kontingente für viele Waren seien durch die Januar-Einfuhr erschöpft.

Bei der Bearbeitung all der hier auftauchenden Schwierigkeiten bietet sich ein weites Tätigkeitsfeld für einen umfangreichen Beamtenapparat. Ob man das vor unseren Augen allmählich entstehende halb private, halb staatliche Gebilde „Außenhandelsmonopol“ tauft oder nicht, tut nichts zur Sache. Die Reichsregierung läßt die einzelnen Industriegruppen heute *privat* verhandeln; das Ergebnis wird, wenn solche Verhandlungen für immer mehr Industrien abgeschlossen sind, sein müssen: eine *staatliche* Außenhandelsstelle, das heißt: Auslieferung jeder in dieser Krisenzeit etwa aufkeimenden privaten Initiative an Beamte. Wer ein *neues* Produkt ausführen will, muß dazu erst die Erlaubnis von Beamten haben. Ein Unternehmer, der *bessere* oder *billigere* Waren als vorher auf den Markt bringen und daher auch *mehr* ausführen kann, muß monatelang verhandeln, ehe ihm das erlaubt wird. Statt sich um die Ausfuhr zu bemühen, werden die Unternehmungen sich um den Handel mit Kontingentsansprüchen bemühen. Und so weiter.

Devisen-Bewirtschaftung.

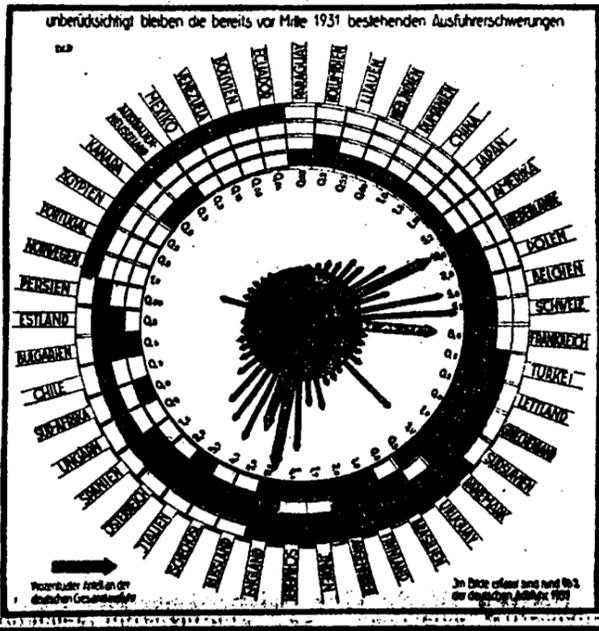
In Oesterreich übt die Nationalbank, unterstützt von einer Reihe beratender Ausschüsse, im Grunde die Funktionen eines Außenhandelsmonopols bereits aus. Die Einfuhr von Waren nach Dänemark darf nur erfolgen nach Vorlegung von Devisen-Bescheinigungen der Devisenzentrale, die besagen, daß zur Bezahlung der Ein-

fuhr Devisen verwendet werden dürfen. In Deutschland spielt die Reichsbank in vieler Beziehung bereits die gleiche Rolle.

Wenn man einmal anfängt, einen solchen Beamtenapparat aufzubauen, so zeigt sich bald, daß er nicht groß und umfangreich genug ist. Nur ein Beispiel als Beweis: Die Reichsbank hat keine Kontrolle darüber, ob die Waren, für deren Kauf sie Devisen bewilligt hat, auch tatsächlich nach Deutschland eingeführt werden; so ergab sich die folgende anscheinend auch erheblich ausgenutzte Möglichkeit zur Kapitalflucht: Man kaufte Waren im Ausland, ließ sich dafür Devisen von der Reichsbank geben und bezahlte damit jene Waren; man führte sie aber nicht ein, sondern verkaufte sie im Ausland und ließ den Erlös draußen stehen. Solche Fälle lassen sich nur ausschalten durch einen umfassenden, alle Bewegungen der Wirtschaft beobachtenden, registrierenden, genehmigenden bzw. versagenden Beamtenapparat.

Schon daß jede Devisenverordnung nach kurzer Zeit durch Zusatzverordnungen ergänzt wird, zeigt, wie schwer es ist, alle Lücken zu schließen und den Kapitalflüchtigen keinen Ausweg offen zu lassen. Wie viel

Wachsende Ausfuhrhemmungen rings um Deutschland.



einfacher durchzuführen wäre doch eine Wirtschaftspolitik, die nicht darauf ausginge, die Kapitalflucht zu verhindern, sondern darauf, durch Besserung der Wirtschaftslage die Kapitalflucht zu einem schlechten Geschäft zu machen.

Dieser Weg wird weder in Deutschland, noch in anderen Ländern heute beschritten, aus Rücksicht auf mächtige Kapitalistengruppen. In vielen Ländern mangelt es daher ständig an Devisen, selbst bei hohen Ausfuhrüberschüssen. Daher ist zu befürchten, daß das Pferd weiter am Schwanz aufgezaunt wird, und daß noch umfassendere Eingriffe als bisher auf dem Gebiete der Handelspolitik vorgenommen werden, um die Einfuhr und damit den Devisenbedarf zu verringern.

Außenhandelsmonopol.

Was zu allen anderen Notverordnungen also noch droht, das ist eine Notverordnung über die Errichtung eines vollständigen deutschen Außenhandelsmonopols. Entsprechendes droht in einer Reihe anderer Länder.

Die Gefahr ist groß, daß viele Sozialisten eine solche Regelung begrüßen und darum fordern würden, ähnlich wie die Pläne von Kartell- und Bankkontrolle, Produktionskontrolle u. s. w., weil sie in all diesen Maßnahmen ein Stück Planwirtschaft sehen. Gewiß: es ist Planwirtschaft. Aber kapitalistische Planwirtschaft! Und es gibt für Arbeiter und Angestellte, Bauern und untere Beamte nichts Gefährlicheres, als ein weiteres Wachstum der Einrichtungen, die zur planmäßigen Erhaltung der kapitalistischen Monopole dienen.

Der Plan der Kapitalisten und ihrer Vertreter in der Regierung ist nämlich kein anderer, als die Folgen der Krise planmäßig von den Kapitalisten abzuhalten und auf die Ausgebeuteten abzuwälzen. Es ist irrsinnig, an dem Plan, nur weil es ein Plan ist, bereits solchen Gefallen zu haben, daß man von „werdendem“, leider aber erst „formalem“ Sozialismus spricht, dem der Inhalt freilich noch fehle. Wenn die Planwirtschaft der Kapitalisten weiter vervollkommen wird, rückt unser Ziel, der Sozialismus, in immer weitere Fernen!

Hellmut Rauschenplat.

Diskontsenkung in den U. S. A.

Die Bundes-Reservebank von New York, die führende Notenbank in den U. S. A., hat den Diskontsatz von 3 1/2 Prozent, der seit dem 16. Oktober in Kraft ist, am 25. Februar auf 3 Prozent gesenkt.

Damit werden offenbar zwei Absichten verfolgt: Erstens steht die Diskontherabsetzung im Zusammenhang mit der von uns bereits beschriebenen Politik der Kreditausweitung; durch die Kreditverbilligung sollen die Ausleihungen der Notenbanken vermehrt werden. Zweitens soll dem Staat die billige Beschaffung kurzfristiger Kredite erleichtert werden (man schätzt den staatlichen Bedarf an kurzfristigen Krediten während des nächsten Halbjahres auf 3 Milliarden Dollar).

Reichsbank.

Kleiner Zugang von Gold und Devisen. — Starke Abnahme des Wechselbestandes. (Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Leichtschätzwechsellombardfort.	Wechselwechsellombardfort.	Notenumlauf	Umlauf	Gesamt Gold- und Umlauf	
23. 2. 1930	2410	399	—	55	1620	4005	616	5431
15. 2. 1931	2254	181	—	72	1609	3897	250	5625
23. 2. 1931	2266	175	—	85	1526	3704	401	5203
7. 2. 1932	928	147	22	129	3462	4276	393	6170
15. 2. 1932	929	144	4	188	3249	4155	371	6037
23. 2. 1932	980	146	11	159	3144	4003	332	5884

Erstmals seit langer Zeit ist sowohl der Bestand an Gold, als auch der Bestand an Devisen bei der Reichsbank gestiegen, wenn auch nur um insgesamt 2,7 Millionen Mark. In der Vorwoche betrug der Abgang 2,2 Millionen Mark. Die Gold- und Devisenzu- und -abgänge halten sich also zur Zeit ungefähr die Waage.

Auf Grund der deutschen Ausfuhrüberschüsse wäre eigentlich ein anhaltender Zustrom von Devisen zu erwarten. Der Ausfuhrüberschuß der zuletzt vergangenen vier Monate belief sich auf über eine Milliarde Mark, die in Anbetracht der Stillhaltung der Gläubiger keineswegs zur Abdeckung von Auslandsverpflichtungen benötigt worden sind. Es ist nicht nur Kapitalflucht, wegen der die Gegenwerte der deutschen Ausfuhr nicht hereinkommen, sondern vielfach auch die Hemmung, die von der ausländischen Devisengesetzgebung ausgeht; denn auch die anderen Staaten bemühen sich ja krampfhaft, ihren Bestand an Devisen festzuhalten. Dazu kommt als sehr wesentlicher Umstand, daß die ausführenden Firmen die Rechnungsbeträge weitgehend stunden müßen, um überhaupt Verkäufe abschließen zu können. Das gilt nicht etwa nur für Verkäufe nach der Sowjetunion.

Seit Ende Januar hat der Wechselbestand der Reichsbank um fast 500 Millionen Mark abgenommen. Das ist ein ungewöhnlich starker Rückgang für die derzeitigen Verhältnisse. Die Erklärung für ihn ist wohl die, daß die Privatbanken mit einer baldigen Diskontherabsetzung rechnen; sie hoffen wohl, wenn sie mit dem Verkauf von Wechseln an die Reichsbank möglichst lange zurückhalten, die Wechsel später zu einem günstigeren Diskontsatz an die Reichsbank verkaufen zu können.

Rpt.

Berliner Bank für Handel und Grundbesitz.

Die Einleger verlieren 70 Prozent.

In einer Messhalle fand am 24. Februar eine Gläubigerversammlung der bankrotten „Berliner Bank für Handel und Grundbesitz“ statt. Acht- bis zehntausend Gläubiger waren anwesend. Die Berichte gingen zum Teil im Ton der Gläubiger unter, die darüber empört waren, daß das Reich ihnen nur 80 Prozent ihrer Forderungen an die bankrotte Bank garantiert, während die Gläubiger der auch bankrotten Großbanken nichts verlieren. Ein entsprechendes Telegramm wurde an den Reichskanzler geschickt.

Der Fall zeigt sehr deutlich, auf was und wen die Reichsregierung Rücksicht nimmt: Auf die Ansicht ausländischer Kapitalisten, die sich nicht darum kümmern, wenn eine Bank mit vielen kleinen Einlegern pleite macht, wohl aber aufhorchen, wenn eine der draußen bekannten Großbanken die Zahlungen einstellt. Ferner auf die Interessen von Schwerindustriellen und Großgrundbesitzern, die im Fall der Erhaltung von Großbanken im Spiele sind, nicht aber im Fall der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz; denn deren Gläubiger sind Handwerker und andere Kleinbürger.

H. H.

Die gesündeste deutsche Privatbank.

Die Berliner Handels-Gesellschaft verteilt 4 Prozent Dividende.

Der soeben veröffentlichte Jahresabschluß der Berliner Handels-Gesellschaft bietet, wie erwartet, ein weit günstigeres Bild als der Abschluß der anderen privaten Großbanken. Auch die Handels-Gesellschaft hatte natürlich Verluste an Wertpapieren, Beteiligungen und ausgegebenen Krediten. Sie hat z. B. 1,9 Millionen Mark Beteiligung an der im vergangenen Jahr zusammengebrochenen Schroeder-Bank (Bremen) voll abgeschrieben. Auch die Berliner Handels-Gesellschaft hat während der Krise etwa ein Fünftel ihrer Aktien zur Kursstützung aufgekauft; aber ihr Ruf war gut genug, so daß sie in Amerika Käufer dafür fand, und zwar ohne dabei einen Kursverlust zu machen. Die Bank besitzt, wie berichtet wird, keine Schatzanweisungen von Gemeinden; sie hat ferner am Pfundsturz angeblich keine Verluste gehabt.

Daß die Bank in der Lage ist, eine, wenn auch gegenüber dem Vorjahr halbierte Dividende zu verteilen, kommt natürlich zum großen Teil daher, daß die Bank einen ausgewählten Kundenkreis besitzt: Banken, große Industrieunternehmen und reiche Privatleute, also Kunden, die entweder zahlungsfähig geblieben oder durch staatliche Stützungen zahlungsfähig erhalten worden sind. Wesentlich ist aber auch, daß die Bank keine Fiktionalien besitzt (ähnlich wie die Reichskredit-Gesellschaft, die auch 4 Prozent Dividende verteilt). Das hatte zur Folge, wie das „Berliner Tageblatt“ mit Recht bemerkt, „daß die größere Uebersichtlichkeit des an einer Stelle geführten Geschäftes auch eine bessere Kontrolle oder Beobachtung ermöglichte“.

Es ist bedauerlich, daß diese Erfahrung bei der Sanierung der übrigen Großbanken nicht berücksichtigt worden ist, sondern dabei im Gegenteil noch mehr Geschäfte bei einer Bank zusammengedrängt wurden. Die bestmögliche Betriebsgröße scheint bei jenen Bankgebilden weit überschritten zu sein, während die Berliner Handels-Gesellschaft ihr verhältnismäßig nahe zu kommen scheint.

Das Elend wächst.

In dem Dorfe Preetz in Schleswig, das eine Einwohnerzahl von 5630 Menschen hat, sind, einschließlich der Familienangehörigen, 3035 Menschen Unterstützungsempfänger. Es gibt dort 139 Sozialrentner, 69 Kleinrentner, 712 Empfänger von Erwerbslosenunterstützung, 89 Krisenunterstützte, 364 Ausgesteuerte und 146 sonstige Hilfsbedürftige, die also vorwiegend von der Wohlfahrt unterstützt werden.